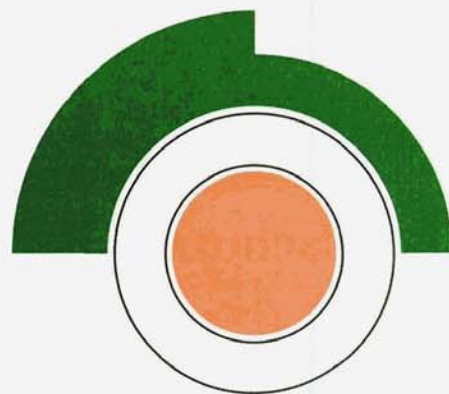


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 12



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 21. 6. 1994

## WORT UND WIDERWORT

### Gefährdet die Neuorganisation der Polizei die innere Sicherheit?

Mit der Neuorganisation der Polizei werde vor allem die Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Schutzpolizei verbessert. Die Schutzpolizei übernehme einen Teil der Kriminalitätsbekämpfung dort, wo sie ohnehin als erste am Ort sei. Das erlaube der Kriminalpolizei, sich stärker auf die Bekämpfung der mittleren und schweren Kriminalität zu konzentrieren. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Stefan Frechen**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** betont, auch die Neuorganisation könne nicht verdecken, daß in Nordrhein-Westfalen mindestens 7000 Polizisten zusätzlich im Einsatz sein müßten. Gerade in kleineren Orten und Flächengemeinden des Landes werde die Präsenz der Polizei bei der Neuorganisation weiter abgebaut. In vielen Bereichen der Polizei sei eine große Unsicherheit und Unzufriedenheit festzustellen. Die F.D.P.-Abgeordnete **Dagmar Larisika-Ulmke** bezeichnet die Mini-Polizeiwache an der Ecke als „Fata morgana“ von innerer Sicherheit. Der Schwerpunkt der Polizeiarbeit müsse auf der Zerschlagung krimineller Infrastrukturen liegen. Der Innenminister sei den Beweis, daß die Neuorganisation den Bedrohungen der inneren Sicherheit optimal begegne, noch schuldig. Der GRÜNE-Abgeordnete **Roland Appel** meint, zwar stärke die Integration von Schutz- und Kriminalpolizei ebenso wie die Bildung von Inspektionen die Effektivität der Polizei. Aber noch immer schmälerten Beförderungs-, Besoldungs- und Ausbildungsdefizite ebenso wie unnötige Hierarchien und undemokratische Strukturen innerhalb der Polizei die Motivation. (Seite 2)

### Fernsehsender VOX soll weitergeführt werden

## Totgesagte leben länger

Das Interesse insbesondere der Medien für VOX bekomme dem Sender offensichtlich gut. Das erklärte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) in seiner Antwort auf eine Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion.

In einer Fragestunde des Landtags hatte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi darauf verwiesen, daß nach einem Zeitungsbericht der Nachfolger des Fernsehsenders VOX mit Unterstützung der Staatskanzlei NRW ein von CLT und Bertelsmann veranstalteter Sender RTL 3 werde. Frau Hieronymi hatte dann gefragt, wie Konzentrationsvorschriften des Rundfunkstaatsvertrages und die bisherige Programmizenz für VOX als informationsorientiertes Vollprogramm erfüllt würden?

In seiner Antwort folgte der Minister, man könne fast sagen, daß die alte Bauernregel, Totgesagte würden länger leben, dahin fortzuführen sei, daß sie sogar besser leben. Denn die Einschaltquoten bei VOX stiegen. Im übrigen sei ihm ein Sender RTL 3 nicht bekannt. Er wisse auch nicht, ob es ihn jemals geben werde. Was es gebe, seien Verhandlungen über eine Rekonstruktion des

Senders VOX. Er habe den Eindruck, daß die Unternehmern, die den Sender VOX weiterführen wollten, vor einem Abschluß ihrer Gespräche stehen könnten. Namen nannte Clement nicht.



Ein Schiff wird kommen

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Konzepte

Bessere Wettbewerbschancen und eine humane Arbeitswelt möchte die SPD durch neue Produktionskonzepte erreichen. (Seite 4)

### Mißachtung

Wegen eines „Blaulichtskandals“ hat der Petitionsausschuß der Bezirksregierung in Arnsberg Mißachtung der Autorität von Landtag und Landesregierung vorgeworfen. (Seite 6)

### Regieren

Nach Ansicht von CDU und F.D.P. wird in NRW zu wenig regiert. SPD und Landesregierung wiesen die Vorwürfe zurück. (Seite 8)

### Staatsarchiv

Die Neuen Medien stellen das Hauptstaatsarchiv des Landes vor große Herausforderungen, auf die es sich in der jetzigen Lage noch nicht ausreichend vorbereitet sieht. (Seite 9)

### Altenpflege

Im Frauenausschuß äußerten sich alle Fraktionen zufrieden mit einer Anhörung vor dem Erlaß von Verordnungen zu Berufen der Altenpflege. (Seite 11)

### Europawahl

Verluste bei SPD und F.D.P. sowie Zugewinne bei CDU und Grünen kennzeichnen das Ergebnis der Europawahl in Nordrhein-Westfalen. (Seite 12)

## WORT UND WIDERWORT

# Schutzpolizisten sollen Alltagskriminalität bekämpfen

Von  
Stefan Frechen

Die Neuorganisation der Kreispolizeibehörden stärkt die Innere Sicherheit. Sie verfolgt vor allem zwei Ziele: die Kriminalität soll besser bekämpft werden und der Bürger soll sich sicherer fühlen. Mit der Neuorganisation wird vor allem die Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Schutzpolizei verbessert. Die Schutzpolizei übernimmt einen Teil der Kriminalitätsbekämpfung dort, wo sie ohnehin als erste am Ort ist und mit der Sachverhaltsaufnahme den wesentlichen Teil der Ermittlungen leistet.

Das erlaubt der Kriminalpolizei, sich stärker auf die Bekämpfung der mittleren und schweren Kriminalität zu konzentrieren, insbesondere in den Bereichen Organisiertes Verbrechen, Wirtschafts- und Umweltkriminalität.

Die genannten Ziele stellen die Polizei im Hinblick auf Sach- und Methodenwissen vor neue Herausforderungen. Dem hat das Innenministerium durch die Einrichtung besonderer Organisations-

### SPD: Neuorganisation der Polizei stärkt die Innere Sicherheit

einheiten im Rahmen der Zentralen Kriminalitätsbekämpfung (ZKB) Rechnung getragen. Erste Erfolge zeigen, daß sich diese Maßnahme bereits bewährt hat. Wenn der Bürger sich sicherer fühlen soll, muß er mehr Polizei sehen können. Dazu muß der Innendienst gestrafft und der Polizeivollzugsdienst von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Die bisherige Zusammenfassung von Bezirks- und Ermittlungsdienst wird deshalb aufgegeben. Der Bezirksdienst soll nicht mehr mit Ermittlungsdiensten belastet werden, weil sich gezeigt hat, daß bei einer Bündelung von Straßen- und Bürodienst der Bürodienst den Straßendienst verdrängt. Der neue Bezirksdienst leistet im wesentlichen den Dienst auf der Straße.

Die quantitativ und qualitativ geänderten Anforderungen an die Polizeiarbeit sind nicht allein durch mehr Personal zu bewältigen. Das wäre auch wegen der Haushaltssituation nicht zu bezahlen. Da sind Organisationsoptimierung und Aufgabenüberprüfung geeignete Mittel, die Effizienz polizeilicher Arbeit zu verbessern.

Von  
Heinz Paus

Maßstab für die Beurteilung der Neuorganisation der Polizei ist die Frage, was sie letztendlich für die Sicherheit der Bürger bringt. Ziel der Landesregierung war es, Rationalisierungsréserven bei der Polizei für die Kriminalitätsbekämpfung zu mobilisieren. Die bisherigen Ergebnisse der Neuorganisation machen leider deutlich, daß dieses Ziel nicht erreicht worden ist. Auch die Neuorganisation kann nicht verdecken, daß in Nordrhein-Westfalen mindestens 7000 Polizisten zusätzlich im Einsatz sein müßten. Gerade in kleineren Orten und Flächengemeinden Nordrhein-Westfalens wurde die Präsenz der Polizei bei der Neuorganisation weiter abgebaut. Die Zahl der in Bürofunktionen tätigen Beamten dagegen bleibt im wesentlichen unverändert. Vie-

### CDU: Demotivierung bei Kriminalbeamten

le Polizeibeamte sind zudem mehr mit der Neuorganisation beschäftigt als mit Polizeiarbeit. Schließlich ist in vielen Bereichen der Polizei eine große Unsicherheit und Unzufriedenheit festzustellen. Insbesondere die Zusammenlegung von Schutz- und Kriminalpolizei führt zu einer gefährlichen Demotivierung vieler Kriminalbeamter.

Straftäter agieren überdies zunehmend überregional und verfügen über ausgezeichnete Informations- und Kommunikationsmittel. Die Neuorganisation trägt dem nicht Rechnung, sondern führt gerade im kriminalpolizeilichen Bereich zu einer Dezentralisierung der Ressourcen.

Angesichts der leider immer noch vorsintflutlichen technischen Ausstattung der Polizei wird so der eigene Informationsfluß unterbrochen. Die Folge ist eine besorgniserregende Schwächung der Kriminalitätsbekämpfung.

Von  
Dagmar Larisika-Ulmke

Die Frage ist überzogen und zudem falsch gestellt! Nicht die Organisation der Polizei gefährdet die innere Sicherheit, sondern die Frage muß sein: Ist die Polizei optimal organisiert, um den Bedrohungen der inneren Sicherheit zu begegnen?

Im Frühjahr 1992 hat der Innenminister ein Konzept der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden erlassen, dessen Kern die Zusammenfassung der bisher getrennten Abteilungen der Schutz- und Kriminalpolizei in eine Abteilung „Gefahrenabwehr/Strafverfolgung (GS)“ ist.

Was am Modell ganz plausibel aussieht, bezeichnet die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund schlicht als einen „aufwendigen und überflüssigen Flop“, der keine Verbesserungen für die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen bringe – im Gegenteil. Es ist naheliegend, daß die Gewerkschaft in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach 7000 zusätzlichen Polizeibeamten und besserer Bezahlung wiederholt.

### F.D.P.: Aus Ressourcen das Beste machen

Aber für die Bürger, die das alles zu bezahlen haben, und die Politiker, die die knappen Haushaltsmittel zu verwalten haben, bedeutet optimale Organisation: Aus den vorhandenen Ressourcen das Beste machen! Danach sieht es aber zur Zeit noch nicht aus.

Die Neuorganisation hat eher den Ruf einer „Stellenplananpassungsmaßnahme“, die die Beförderungsmöglichkeiten in der Polizei breiter verteilen soll. Es ist doch bezeichnend, daß die Gewerkschaft der Polizei, die das Gros der Schutzpolizei organisiert, der Neuorganisation freudig zustimmt, während der Bund Deutscher Kriminalbeamter sie vehement ablehnt und die Zersplitterung von Know-how und die Verflachung des Leistungsniveaus beklagt.

Die Mini-Wache an der Ecke ist die „Fata Morgana“ von innerer Sicherheit.

Der Schwerpunkt der Polizeiarbeit muß auf der Zerschlagung krimineller Infrastruktur liegen.

Der Innenminister ist den Beweis, daß die Neuorganisation den Bedrohungen der inneren Sicherheit optimal begegnet, noch schuldig. Es gilt nachzubessern!

Von  
Roland Appel

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger deckt sich nicht immer mit der objektiven Lage. Zu Wahlkampfzeiten klaffen beide besonders weit auseinander, weil manche Politikerinnen und Politiker sowie Medien die berechtigte Furcht der Menschen, Opfer einer Straftat zu werden, für eigene Zwecke ausnützen.

Hier ist auch der Vorwurf, die Neuorganisation der Polizei gefährde die Sicherheit der Bevölkerung, einzuordnen. Allerdings läßt sich dieses Projekt von Innenminister Schnoor treffend mit den Worten eines Polizeigewerkschafters kritisieren: „Der Innenminister hat einen Zug auf die Schienen gesetzt und dann den Strom abgestellt.“

So stärkt zwar die Integration von Schutz- und Kriminalpolizei ebenso wie die Bildung von Inspektionen die Effektivität der Polizei und verringert statusbezogene Reibungsverluste zwischen Schutz- und Kriminalbeamten. Besonders zur Bekämpfung der Alltagskriminalität sollen mehr als bisher Schutzpolizeibeamte herangezogen werden. Aber noch immer schmalern Beför-

### GRÜNE: An Fachhochschule und vor Ort ausbilden

derungs-, Besoldungs- und Ausbildungsdefizite ebenso wie unnötige Hierarchien und undemokratische Strukturen innerhalb der Polizei die Motivation.

Statt einer Ausbildung im teilweise geschlossenen System, die junge Lernende in eine „Wagenburg-Mentalität“ drängt, sollten alle Bewerberinnen und Bewerber allein an der Fachhochschule und im häufigeren Wechsel und für längere Zeiträume als bisher im praktischen Polizeidienst einer Behörde vor Ort ausgebildet werden.

Die derzeitige Überlastung der Polizei läßt sich dauerhaft aber nur durch eine Reform der Kriminalpolitik insgesamt verhindern. Die geltenden und geplanten neuen Gesetze haben eine Tendenz zur „Überkriminalisierung“ bewirkt, ein Beispiel ist der Drogenkonsum, dessen polizeiliche Verfolgung das Problem nur verschärft. Hier sollten die gesetzlichen Verfolgungspflichten abgestuft und die informelle Regelung der Konflikte, die zu Straftaten führen, gefördert werden.

Präventionsmaßnahmen schärfen die Aufmerksamkeit für die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ursachen von Kriminalität. Dies käme dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger zugute, kostet aber mehr als billige Angstmacherei.

## Landtag setzt sich mit Regierungserklärung zur Jugendpolitik auseinander

**Sozialminister Franz Müntefering** (SPD) sagte, die Jugend heute wachse in einer besonders schwierigen Zeit auf: „Die jungen Menschen werden konfrontiert mit den Folgen großer gesellschaftlicher Veränderungen. Die wirtschaftliche und technologische Entwicklung, der Wandel der Familie, die Veränderungen im sozialen Umfeld, die Strukturen einer Medien- und Informationsgesellschaft, die umfassende Mobilität — alles das wirkt sich auf die jungen Menschen aus.“ Immer noch gebe es in der jungen Generation Benachteiligung, sowohl im Berufsleben als auch in Politik und Gesellschaft. So sei es „schlimm“, wenn junge Menschen auf Sozialhilfe verwiesen würden; das sei eine Folge der Politik von „Kohl & Co“, die mit der Stagnation der Familienlastenausgleichsmittel eine faktische Senkung um ein Drittel in Kauf genommen hätten. Dabei sei eine gute Familienpolitik eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Jugendpolitik, betonte der Minister, der vor allem die Familie gefordert sah, um den jungen Menschen Orientierungen und demokratische

*In einer Regierungserklärung zum Thema „Zukunft für Jugendliche durch Ausbildung und Arbeit“ hat Sozialminister Franz Müntefering (SPD) eine positive Bilanz der Jugendpolitik der Landesregierung gezogen und festgestellt, die meisten der 2,7 Millionen Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren wüchsen unter materiell guten Bedingungen auf; die Jugend sei selbstbewußt, wolle Verantwortung übernehmen, ernstgenommen und gefordert werden. „Sie hat auch Probleme, aber sie ist kein Problem“, faßte der Minister zusammen. Sprecher der Opposition dagegen bedauerten die Mittelkürzungen im Landesjugendplan.*

Zukunft.“ Demokratie dürfe junge Menschen nicht ausschließen, sondern müsse sie an Entscheidungen beteiligen. Politik, auch Landespolitik, habe beizutragen, „daß junge Menschen befähigt werden, ihr Leben selbständig und verantwortlich zu gestalten, Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen, um ihren Platz in Familie, Be-

Förderansprüchen zu beschließen, wenn „diese aber dann von Dritten, nämlich von den Kommunen, bezahlt werden müssen“.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) dankte dem Minister: Seine Regierungserklärung sei bundesweit die erste, „die sich nicht nur einseitig negativ mit dieser Thematik auseinandersetzt, sondern die sich vor allem positiv mit der Jugend und mit den Aufgaben von Staat und Gesellschaft befaßt“. Der gemeinsame Antrag zum Wertewandel sei deshalb nicht zustande gekommen, weil man sich in der Frage des Familienlastenausgleichs und der kritischen Würdigung des Bonner Anteils daran nicht habe einigen können. Mit ihrem Antrag wolle seine Fraktion erreichen, daß jungen Menschen eine vernünftige Lebensplanung ermöglicht wird, daß die zentrale Rolle sinnvoller Freizeiteinrichtungen erkannt und bei der Finanzierung berücksichtigt werde. Der Landesjugendplan (Flessenkemper: „Ein hervorragendes Instrument zur Förderung der Jugendarbeit“) müsse in seinem Kernbereich von finanziellen Einbußen verschont bleiben. Dafür werde sich die SPD-Fraktion ebenso einsetzen wie für die gesetzliche Absicherung der Jugendarbeit. Das werde aber angesichts der finanziellen Lage von Land und Gemeinden kein leichtes Unterfangen sein.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) urteilte, der Minister habe aus der Chance einer bundesweit ersten Regierungserklärung zur Jugendpolitik nichts gemacht, das sei „enttäuschend“. In der Jugendpolitik gehe es nicht um das Wegräumen von Hindernissen, sondern „ums Ernstnehmen und das Sich-aufeinander-Einlassen“. Die Regierungserklärung lasse Perspektiven vermissen, sie sei nicht mehr als ein Sammelsurium, langweilig und reiße niemanden vom Stuhl. Schwerpunkte der jugendpolitischen Arbeit müßten sein: außerschulische mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung, Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit. Die Kinder- und Jugendberater müsse wieder an die alte Fördersumme herangebracht werden; außerdem sei die Jugendberater zu intensivieren. Den Jugendverbänden und Jugendgruppen sei die Sicherheit zu geben, daß sie ihre Arbeit mittel- und langfristig fortsetzen können, das gelte auch für die Jugendsozialarbeit, ergänzte sie und bekräftigte, für die F.D.P. sei die Jugendarbeit in NRW sehr wichtig.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) fand, Jugendarbeit werde immer vor den Wahlen entdeckt, weil man die Stimmen der Jugendlichen haben wolle, zu beurteilen sei Jugendpolitik aber danach, wie sie zwischen zwei Wahlterminen handle. Jugendliche seien nicht nur ein Spiegel der Gesellschaft, „sondern vor allem werden sie und ihre Situation auch durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen geprägt“. Der seit 15 Jahren fortschreitende Sozialabbau, die Strukturkrise und die Massenarbeitslosigkeit trafen viele Jugendliche; in vielen Bereichen gingen durch Arbeitsplatzabbau, Privatisierung, Stilllegung und „lean production“ viele Ausbildungsplätze auf Dauer verloren. Die derzeit ins Auge gefaßten Lösungen, etwa niedrigere Löhne für Berufsanfänger, seien ungeeignet. Gerade

Fortsetzung Seite 5



Die Jugendpolitik des Landes in der Kontroverse (v.l.): Sozialminister Franz Müntefering (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU), Bernd Flessenkemper (SPD), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) und Bärbel Höhn (GRÜNE).

Fotos: Schälte

Werte zu vermitteln. Große Aufgaben gebe es noch in der Sicherung der beruflichen Zukunft. Zwar hätten immer noch viele junge Menschen eine gute Chance für eine qualifizierte berufliche und allgemeine Ausbildung, seit vergangener Jahr zeichneten sich aber immer deutlicher Schwierigkeiten bei der Übernahme in eine feste Anstellung ab. Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit müsse in gemeinsamer Verantwortung aller gesellschaftlicher Kräfte erfolgen; die Politik könne keine schnellen Lösungen bereitstellen, aber sie könne helfen und ihren Teil beitragen, wenn Wirtschaft und Unternehmen auch ihren Beitrag leisteten. Der Minister nannte die Schwerpunkte und Handlungsfelder von der Berufsausbildung über Suchtprobleme bis hin zu einer jugendfreundlichen Stadtentwicklungspolitik und stellte den Landesjugendplan heraus, auf den man stolz sein könne, der aber auch für die Zukunft entsprechende Markierungen zu setzen habe. Er schloß mit der Feststellung: „Wir wollen mit der Jugend zusammen die Zukunft gestalten.“ Die jungen Leute müßten wissen, daß ihre Probleme bei den Politikern in guten Händen seien; der Dialog zwischen Jugend und Älteren sei gefragt.

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, strich die Vorbildfunktion der Politik für junge Menschen heraus und stellte fest: „Politik für junge Menschen ist Politik für die

ruf und Gesellschaft zu finden“. Die Bilanz der Jugendpolitik des Landes falle nicht so positiv wie vom Minister dargestellt aus, sie sei eher eine Beschreibung der Defizite und Auflistung der Wunschvorstellungen gewesen; man habe nicht erwartet, daß der Minister „ein Wunschkonzept für die nächsten fünf Jahre ab 1995 vorlegt“. Er, Linssen, könne nicht erkennen, „was Botschaft und Perspektive dieser Regierungserklärung waren“. Der Sprecher erinnerte an die Verantwortung von Eltern, Familie, Schule und Medien und bedauerte, daß es nicht gelungen sei, auf der Basis eines CDU-Papiers zu einem gemeinsamen Antrag in Sachen Werteeziehung zu kommen. Er verlangte, die Jugendpolitik des Landes müsse eine verlässliche Größe sein und appellierte an Land und Kommunen, gerade in finanziell schwierigen Zeiten die erforderlichen Angebote in der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Linssen kritisierte die Kürzung der Jugendplanmittel um 50 Millionen in den letzten drei Jahren; der Jugendplan sei dringend weiterzuentwickeln, da sei die Regierung trotz anderslautender Ankündigung keinen Schritt vorangekommen. Das Land warnte der Vorsitzende nachdrücklich davor, Gesetze mit

Wegen der Sommerpause erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ erst wieder am 23. August 1994.

## SPD-Konzept für Wettbewerbschancen bei humaner Arbeit

### Schlanke und schlaue Produktion

Der SPD-Antrag „Die Chancen neuer Produktionskonzepte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Humanisierung der Arbeitswelt nutzen“ (Drs. 11/7310) wurde am 15. Juni in die Ausschußberatung (Ausschuß Mensch und Technik federführend) überwiesen. In der Aussprache wurden unterschiedliche Ansichten deutlich, vor allem über die Rolle von Politik und Staat im Wirtschaftswettbewerb. Dennoch sprach der Wirtschaftsminister die Hoffnung auf eine gemeinsame Position im Landesparlament aus.

**Helmut Hellwig** (SPD) registrierte die schärfste Krise der Nachkriegszeit und Kostensenkungsprogramme auf allen Ebenen als einzige Lösung, wobei verkrustete Strukturen in den Betrieben erhalten zu bleiben drohen. Andererseits werde der Stellenwert der deutschen Wirtschaft bei Schlüsseltechnologien diskutiert. Der Forschungshaushalt der Bundesregierung sei jedoch in keiner Amtszeit so heruntergewirtschaftet worden wie in den letzten zehn Jahren. Es komme aber auch auf das Vermarkten von Erfindungen an. Telefax sei in Aachen entwickelt und von den Japanern vermarktet worden. Im Vergleich stehe der Straßen-, Fahrzeug- und Maschinenbau bei der Anmeldung von Patenten gut da, schwach dagegen die Elektrotechnik. Bei Kommunikationstechnik habe Japan seine Führung weiter ausgebaut. Die Patentschwäche der Pharmaforschung sei Ursache für die schwache Aktivi-

senkung zu beklagen, sei unnützlich. Schnell und drastisch habe reagiert werden müssen auf große Umbrüche, auch wegen der Beschäftigung. Mit der Feststellung, technizentrierte Konzepte der menschenleeren Fabrik seien überholt, übertreibe die SPD maßlos. Es bleibe unternehmerische Aufgabe, mit immer weniger Aufwand immer mehr und bessere Produkte zu erzeugen. Der Abbau von Hierarchie und bürokratischen Strukturen sei relativ ungestört von Politik abgelaufen und schon fast abgeschlossen. Die SPD komme um einiges zu spät.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) ergänzte: „Spät kommt Ihr, aber Ihr kommt. Der lange Weg entschuldigt Euer Säumen!“ Gegen Ende der Wahlperiode verlasse die SPD ihre ideologischen Trutzburgen. Die Handschrift des neuen wirtschaftspolitischen Sprechers sei

Landesregierung übertrage die negativen Konzepte der Industrie auf ihre eigene Verwaltung. Bei der Verwaltungsstrukturreform müßten Belegschaften gleichberechtigt beteiligt werden. Nur bei sozial und ökologisch verträglichen Produkten könnten die Grünen neuen Arbeitsformen zustimmen.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) erklärte, die Instrumentalisierung der Standortfrage verstelle den Blick auf die eigentlichen tiefgreifenden Herausforderungen. Die Attraktivität eines Standorts fuße wesentlich auf einer produktiven Umgebung, auf einer Ansammlung von miteinander konkurrierenden Firmen der gleichen Branche und einem vitalen Netz mittelständischer Zulieferer und Abnehmer. Eine anspruchsvolle Nachfrage müsse die Industrie unter permanenten Innovationsdruck setzen. Die Verkürzung auf Kostensenkung sei ein strategischer Fehler. Der Antrag komme nicht zu spät. Viele deutsche Unternehmen hätten versäumt, frühzeitig richtungweisende Produkte zu entwickeln und neue Märkte zu erobern. Es gehe auch um neue Führungsstile. Die Vision von der menschenleeren Fabrik habe sich als Illusion erwiesen. Betriebe hätten dafür teures Lehrgeld gezahlt. Qualifizierte Arbeit müsse Ausgangspunkt und Ziel sein. Kleine Betriebe seien häufig überfordert, moderne



Spät oder nicht spät, war die Frage bei der Aussprache über den SPD-Antrag „Chancen neuer Produktionskonzepte“ und über die Rolle der Politik beim Wettbewerb in der Wirtschaft, v.l. Helmut Hellwig (SPD), Hans-Karl von Unger (CDU), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Dr. Katrin Grüber (GRÜNE), Minister Günther Einert (SPD).

Fotos: Schälte

tät bei Bio- und Gentechnik. Neue Werkstoffe seien von wachsender Bedeutung, deutsche Führung bei Hochtemperatur-Supraleitern werde jedoch bezweifelt. Marktorientierte Industriepolitik stelle auf Verbundprojekte, Partnerschaften und Mittelstandsförderung ab. An den Hochschulen müsse das Studium von Betriebswirtschaft und Ingenieurwissenschaft disziplinübergreifend organisiert werden. Für die Umstrukturierung solle es arbeitnehmerorientierte Unternehmensberatung geben.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) stimmte der Zustandsbeschreibung zu, vermißte aber Neues. Neue Produktionskonzepte staatlicherseits nicht verordnen zu lassen, sei der CDU aus dem Herzen gesprochen. Dennoch könne sie dem SPD-Antrag nicht zustimmen, weil dann Regierungshandeln für Zuständigkeiten der Tarifparteien gefordert würde: Team- und Gruppenarbeit fördern, Produktion und Qualität verbessern. Da sei immer schon Bewegung gewesen. Kosten-

bereits spürbar. Mitarbeiterqualifikation, Motivation, Verantwortung, Teamarbeit betone die F.D.P. schon lange. Als Forderung an die Tarifpartner sei das bisher von der Mehrheitsfraktion gerügt worden. Die Gewerkschaften und die Betriebe seien mit besserer Qualifikation und Innovation schon viel weiter als bei der Kostensenkung. Der Staat könne Moderator sein, aber kein Teilhaber.

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) stimmte der Richtung des Antrags nicht zu und hielt sozialverträgliche Technik und ökologische Produkte und Verfahren für entscheidend. „Lean management“ bedeute, Menschen zu entlassen. Durch „geringe Fertigungstiefe“ werde auf dem Rücken der Arbeitnehmer verlagert. Geschützte Beschäftigung werde durch Auslagern umgewandelt. Selbständige Zulieferbetriebe würden durch Knebelverträge erpreßt und abhängig. Die schlanke Produktion verringere auch den Einfluß der Gewerkschaften. Dieser tiefgreifende Prozeß sei gesellschaftlich nicht legitimiert. Die

Technik damit zu verbinden. Die Politik müsse sie unterstützen. Verbundprojekte seien dazu geeignet. Wer wie die Grünen leugne, daß die Politik nur helfen könne, verliere die Arbeit insgesamt. Das Bemühen um eine gemeinsame Position im Parlament lohne alle Anträge und Diskussionen.

**Helmut Hellwig** (SPD) drückte Betroffenheit über die Selbstgefälligkeit von CDU und F.D.P. aus angesichts 20jähriger Rationalisierung in deutschen Betrieben ohne Rücksicht auf den Faktor Arbeit. In Japan werde nicht sofort rausgeschmissen. In Deutschland werde unten gar nicht gefragt, wenn es um betriebsinterne Verbesserungen gehe. Die So-Tech-Programme seien von der mittelständischen Wirtschaft begierig aufgegriffen worden. Die Grünen würden vor allem von Leuten aus dem öffentlichen Dienst gewählt. Die SPD aber sei Regierungspartei und müsse peinlichst darauf achten, daß der Faktor Arbeit wieder zu dem Ansehen komme, das er verdiene.

## Jugendpolitik...

Fortsetzung von Seite 3

für Jugendliche sei es besonders wichtig, daß Arbeitsplätze langfristig gesichert würden; darum fordere ihre Fraktion ein Umbauprogramm, „das zukunftssträchtige, nämlich mit der Umwelt in Einklang stehende Arbeitsplätze fördert und langfristig gefährdete Arbeitsplätze rechtzeitig und sozialverträglich umstrukturiert“. Ausbildungs- und Arbeitsplätze müßten quotiert werden, Privatisierungen seien auszusetzen, bis man sich über die Folgen klar sei. Es sollten zudem soziale Betriebe eingerichtet werden. Die Politik für Kinder und Jugendliche erfordere Maßnahmen bei der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik. „Deshalb geht es auch im Sinne der Jugendlichen darum, im Herbst die jetzige Bundesregierung abzulösen.“

**Antonius Rüsenberg** (CDU) kündigte an, die CDU werde darauf achten, was von den Ankündigungen aus der Regierungserklärung in praktische Politik umgesetzt werde, denn nur die sei in der Lage, den Menschen zu helfen. Mit Blick auf Bonn hielt der Sprecher fest, daß sich von 1984 bis 1992 die Zahl der Jugendarbeitslosen halbiert habe. Diese sollte man nach draußen tragen und damit deutlich machen, daß auch eine Phase von Risiken Chancen enthält.

**Loke Mernizka** (SPD) wandte sich den Problemen der Berufsausbildung junger Menschen zu und warnte vor einem künftigen Facharbeitermangel, wenn die privaten und öffentlichen Arbeitgeber ihrer Verpflichtung nicht genügend nachkommen, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Lokale und regionale Verbundlösungen seien in der Lage, betriebliche Ausbildungsstellen zu erhalten und auszubauen. An die Landesregierung richtete er die Aufforderung, trotz der angestrebten Verwaltungsreform das derzeitige Ausbildungsplatzniveau zu halten.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) wies auf die Forderung nach Jugendgemeinderäten hin, die in der Lage seien, die Belange junger Menschen stärker ins öffentliche Bewußtsein zu tragen. Im übrigen könne keine Gesellschaft auf Dauer damit leben, daß Kinder und Jugendliche zu stark als Last und zu wenig als Bereicherung begriffen würden. Auch könne man sich nicht länger eine Familienpolitik leisten, die Kinder in der Ehe mit einem verfassungswidrig niedrigen Freibetrag und geringen Kindergeldern „abhandelt“.

**Beate Scheffler** (GRÜNE) vermißte Worte zu den Finanzen und Mahnungen an die Kommunen, daß die Jugendarbeit nicht auf der Strecke bleiben dürfe. Sie könne dem Minister zustimmen, wenn er im Zusammenhang mit dem Landesjugendplan sage, Stillstand sei Rückschritt: Das betreffe aber nicht nur die inhaltliche Ausgestaltung, sondern auch die finanzielle Ausstattung.

**Sozialminister Franz Müntefering** (SPD) verteidigte seine Regierungserklärung: Es sei nicht um eine „flammende Rede“, sondern darum gegangen, alle zum Zuhören zu bewegen. Die Kürzungszahlen seien falsch, der Landesjugendplan sei seit 1991 um drei Prozent gestiegen; im Haushalt 1994 werde er „unverändert gefahren“. Die globale Minderausgabe treffe auf ihn nicht zu, bestätigte er auf Nachfrage.



Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist der CDU-Abgeordnete Hermann Kampmann ausgezeichnet worden. Der stellvertretende Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Rechts im Bild Ehefrau und Tochter des Politikers. In seiner Laudatio erinnerte der Vizepräsident daran, daß Hermann Kampmann seit 1985 dem Landtag angehöre. Seitdem arbeite er als ordentliches Mitglied im Petitionsausschuß sowie im Verkehrsausschuß mit. Im Ausschuß für Grubensicherheit übe er seit Beginn der 11. Wahlperiode zusätzlich die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden aus. Kampmanns politisches Engagement habe mit dem Eintritt in die CDU 1962 begonnen. 1973 habe er den Vorsitz der CDA auf Kreisebene übernommen. Seit vielen Jahren gehöre er nun dem Landesvorstand der CDU Westfalen-Lippe und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung seit 30 Jahren an. 1985 sei er zum Diözesansekretär im Erzbistum Paderborn berufen worden. Foto: Schälte

## Staatsvertrag gegen die TV-Gewalt

Der Landtag hat den Ersten Rundfunkänderungsstaatsvertrag auf Antrag der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Grünen bei Enthaltung der F.D.P. angenommen. Ein CDU-Entschließungsantrag fand keine Mehrheit (Drs. 11/6895 und 7192).

**Jürgen Büssow** (SPD) sagte: „Wir nehmen den Staatsvertrag an und bitten Sie, ihn mit uns anzunehmen; denn nicht nur die SPD-geführten Ländern, sondern auch die CDU-geführten Länder haben ihn paraphiert.“ Er fügte indessen hinzu: „Wir müssen Ihren Entschließungsantrag ablehnen.“ Die Frage, die die CDU aufgeworfen habe, sei nämlich auch Gegenstand des Vertrages, beispielsweise wie man mit indizierten Filmen umgehe. Nach 20 Jahren beurteile man solche Filme möglicherweise ganz anders. Hinzu komme ein verfassungsrechtliches Argument. Einerseits müsse man die Jugend schützen. Andererseits hätten mündige Bürger, die Erwachsene seien, auch ein Anrecht darauf, die Filme zu sehen. Der SPD-Mediexperte schloß: „Wir sind alle gegen Gewalt im Fernsehen. Wir wollen alle, daß Kinder und Jugendliche geschützt werden. Das ist Gegenstand dieses Staatsvertrages. Deshalb sollten wir ihn auch so verabschieden.“

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, begrüßte, „wie sicherlich alle Fraktionen“, diese Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, „für die wir uns ja sehr energisch miteinander und mit der Öffentlichkeit eingesetzt haben: weniger Gewaltdarstellungen im Fernsehen, bessere Berücksichtigung des Jugendschutzes“. Die Frage der Reduzierung der Gewaltdarstel-

lungen im Fernsehen habe aber an zwei Stellen entscheidende Defizite, die auch mit dem Staatsvertrag nicht aufgehoben würden. Das eine sei, daß in der Tat indizierte Filme nach wie vor nach 23 Uhr im Fernsehen gesendet werden dürften. Zweitens meine man: Gesetze brächten nur ein kleines Stück. Wesentlich sei das Engagement der Veranstalter selbst. Nach wie vor sei man der Meinung, daß alle, Private und Öffentlich-Rechtliche, an diesen Tisch der Selbstkontrolle gehörten.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) meinte ironisch, weil das Votum der „F.D.P.-regierten Länder“ leider nicht vorliege, um das man sich so bemüht habe, enthalte man sich der Stimme (Das Protokoll vermerkt hier „Heiterkeit“).

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) verwies hingegen auf ein einheitliches Votum: „Das geht uns alles nicht weit genug, und deshalb werden wir diesem Staatsvertrag nicht zustimmen.“ Bei diesem Staatsvertrag gehe es nicht um technische Details. Diesmal gehe es um die gesellschaftlichen Auswirkungen des Fernsehens, zum Beispiel Gewalt in den Medien oder die Menschenwürde verachtende Sendungen. Man betone aber, daß man die vorgesehenen Änderungen als eine Verbesserung der bisherigen Situation ansehe.



Zwei Schwerpunkte enthielt der Halbjahresbericht des Petitionsausschusses, den der stellvertretende Vorsitzende Hans Rohe (SPD) dem Plenum vortrug, den Härtefall Muzafer Ucar aus Köln und eine Weisungsverweigerung durch die Bezirksregierung Arnsberg für Notfalleinsätze.  
Foto: Schälte

## Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

### Muzafer (13) soll in Köln bleiben — Blaulichtskandal im Hochsauerland

Im Halbjahresbericht des Petitionsausschusses setzte sich stellvertretender Vorsitzender Hans Rohe (SPD) am 15. Juni für ein Bleiberecht für den 13jährigen türkischen Jungen Muzafer Ucar durch eine Härtefallentscheidung ein. Außerdem bezeichnete er es als „Blaulichtskandal“, daß das Regierungspräsidium Arnsberg jahrelang Ärzten im Hochsauerland die Genehmigung verweigerte, ihre Privatwagen mit Blaulicht und Sirene auszurüsten, obwohl dort Notfall-Einsätze aufgrund der topografischen Lage erheblich erschwert sind.

Hans Rohe (SPD) stellte eingangs fest, im Petitionsausschuß würden parteipolitisch unabhängige Entscheidungen gefällt. Die rückläufige Zahl der Eingaben erkläre sich auch aus größerer Bekanntheit und mehr Effizienz der kommunalen Beschwerdeausschüsse. Außerdem sei durch das Asylverfahrensgesetz die Zuständigkeit des Landes geringer geworden. Es könne auf rechtskräftig verfügte Abschiebung nur noch gering einwirken.

Bei der Ressortzuordnung der Petitionen liege der Innenminister wegen des hohen Anteils der Eingaben von Ausländern aus der Zeit vor dem neuen Gesetz mit 27 Prozent immer noch an der Spitze, gefolgt vom Arbeits- und Sozialminister (21) und Justizminister (15 Prozent). Von den 3320 nach Artikel 41 a der Verfassung behandelten Petitionen in der laufenden Wahlperiode seien knapp 36 Prozent positiv erledigt worden. In 428 Außenministerien habe der Hälfte der Petenten gegen Baurecht geholfen werden können. Bei Eingaben wegen der Sozialhilfe seien über ein Drittel der Fälle erfolgreich gewesen.

Rohe schilderte dann das Ergebnis seiner Reise in die Türkei zusammen mit dem Vorsitzenden Karl Knipschild (CDU) wegen der Abschiebung des 13jährigen Muzafer Ucar aus Köln zu seiner türkischen Mutter: „Wie Ihnen aus der Aktuellen Stunde vom 5. Mai noch gut bekannt sein wird, ging es um den weiteren Verbleib des Jungen bei seiner Halbschwester in Köln. Anlässlich dieser Reise haben wir uns im übrigen auch über die Frage sachkundig gemacht, wie der Erlaß unseres Innenministers über das Abschiebeverbot im Kurdenbereich ankommt, was in diesem Bereich mit den Menschen gemacht wird, wie es mit der Folter ist, ob Folterungen stattfinden. Wir haben uns

sachkundig gemacht, was mit den zurückkehrenden Frauen geschieht, die alleingelassen werden, auch von der Großfamilie, die ja in vielen Bereichen der Türkei noch üblich ist ...“

Im Falle des 13jährigen Jungen haben wir vor Ort festgestellt, daß die Mutter ungefähr 600 km von Ankara in Anatolien in einem kleinen Dorf im Gefahrenbereich lebt. Sie ist inzwischen wieder allein. Das heißt, der vierte Mann hat sie inzwischen auch wieder verlassen. Sie lebt dort mit vier Kleinkindern von den Almosen der Dorfbewohner und ist auch gesundheitlich nicht ganz auf der Höhe.

Wir werden dem Petitionsausschuß am kommenden Dienstag vorschlagen, den § 22 des Ausländergesetzes anzuwenden. Denn nach unserer Ansicht ist der Junge als Vollwaise anzusehen, da sein Vater tot ist und seine Mutter als Almosenempfängerin mit vier minderjährigen Kindern und zudem noch mit psychischen Störungen hoffnungslos überfordert ist. Er sollte deshalb bei seiner älteren Schwester in Köln belassen werden.“ (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU).

Anschließend stellte Rohe einen „ausgesprochenen Blaulichtskandal“ im Hochsauerland dar, wobei er abweichend von früheren Berichten die kritisierte Abteilung bei der Bezirksregierung Arnsberg bekanntgab. Es gehe um die Rettung von Menschenleben, sagte Rohe und berichtete: „Der Hochsauerlandkreis konnte bisher nicht in allen Bereichen eine ausreichende notärztliche Versorgung sicherstellen. Wie wir alle wissen, hängt das Leben von Unfallopfern manchmal davon ab, daß innerhalb von Minuten ein Arzt zur Stelle ist. Die Toleranzzeit in unserem Land — und darauf können wir stolz sein — liegt bei acht Minuten.“

Wegen der unterschiedlichen Witterungsverhältnisse, der teilweise weiträumigen und dünnen Besiedlung und der topografischen Lage könne diese Toleranzzeit im Hochsauerland nicht eingehalten werden und werde um bis zu 35 Minuten überschritten. „Ein Arzt aus Schmallenberg wandte sich im Dezember 1990 unter Darstellung eines konkreten Notarzteeinsatzes an den Petitionsausschuß. Seine Bitte war, den Notfallärzten zu erlauben, im Winter mit Spike-Reifen zu fahren sowie den Rettungsdienst mitwirkenden niedergelassenen Ärzten zu gestatten, deren Pkws mit Sondersignal — blaues Blinklicht, Einsatzhorn — und mit Funkanlage für den Funkbetrieb auszustatten.“

Das um Stellungnahme gebetene Ministerium habe im März 1991 die begehrte Ausstattung für Ärzte-Pkws abgelehnt. Nach Anhörung vor Ort habe der Petitionsausschuß sowohl ein verbessertes Notarztwagensystem als auch die Sondersignale an Arzt-Pkws empfohlen. Anfang 1992 sei das Gesuch durch einen Bericht des Kreises unterstützt, im September 1992 jedoch von der Abteilung wiederum abgelehnt worden.

Der daraufhin vom Ausschußvorsitzenden persönlich angeschriebene Sozialminister habe umgehend die Erlaubnis per Erlaß angewiesen. Die Beamten der Abteilung II bei der Bezirksregierung Arnsberg hätten jedoch die Ausführung verhindert. „Anstatt weisungsgemäß zu handeln, wurde nach dem bekannten Verzögerungsritual gehandelt, was wir manchmal auch in Parteien erleben: Man bildet Arbeitsgruppen, beauftragt Sachverständige, die viel Geld kosten und gekostet haben — und das alles natürlich hinter dem Rücken des Ministeriums.“

Im November 1993 habe die Abteilung zwei Notarztfahrzeuge zu 100 000 Mark anschaffen wollen, die vom Personal der Rettungswache zum nächsten Notarzt überstellt und dann von diesem hätten gefahren werden sollen. Der Vorschlag des Ausschusses habe dagegen nur 4 000 Mark kosten sollen. Nach Gespräch im Ministerium im Dezember 1993 und erneuter Weisung des Ministers habe die Abteilung gegenteilig verfügt. Der Abteilungsleiter habe unfallträchtige Fahrten von Ärzten mit Sondersignal in Bayern ermitteln lassen.

Rohe stellte fest, daß ein Parlamentsbeschluß und eine Weisung des Ministers am Widerstand einer Mittelbehörde scheitert, sei schon recht außergewöhnlich. Daß aber mit mehrjähriger Weisungsverweigerung durch die Abteilung II bei der Bezirksregierung Arnsberg die Autorität von Landtag und Landesregierung in Frage gestellt werde, sei einmalig. Die Methoden der Mitarbeiter seien unvertretbar und sollten Konsequenzen haben. Das sei aber kein Einzelfall. Der Petitionsausschuß wolle sich weiterhin nicht an parteitaktischen Grundsätzen orientieren, schloß Rohe und dankte den Ausschußmitgliedern für ihre Arbeit.

## Flughafen investiert

Der Flughafen Köln/Bonn — Konrad Adenauer steht vor den größten Investitionen seiner über 40jährigen Geschichte. Bis zum Jahr 2000 sollen nach Angaben der Flughafen Köln/Bonn GmbH eine Milliarde Mark über den Kapitalmarkt aufgenommen werden, um vor allem die Kapazität der Flugzeugterminals von zur Zeit 4,5 Millionen auf 7,5 Millionen Passagiere auszubauen.

## Entwurf der neuen Landesbauordnung eingebracht

# Verankerung ökologischer Standards in Novelle findet Beifall und Kritik

*Der Bau von Häusern soll schneller, einfacher und billiger gemacht werden — das ist Ziel der neuen Bauordnung des Landes, deren Entwurf (Drs. 11/7153) am 15. Juni von der Landesbauministerin Ilse Brusis (SPD) eingebracht und vom Landtag in erster Lesung erörtert worden ist. Danach wurde der Gesetzentwurf einstimmig an den federführenden Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen überwiesen.*

**Ilse Brusis**, Ministerin für Bauen und Wohnen (SPD), stellte fest, das neue Baurecht schlage eine Schneise in das Dickicht von Vorschriften und behördlichen Verfahren. Es mache endlich ernst mit dem Grundsatz der verfassungsrechtlich garantierten Baufreiheit und entspreche dem Leitbild des mündigen Bürgers: „Nur indem wir den Bürger ernst nehmen, hat unser demokratisches Staatswesen eine Chance, daß auch die Bürger die Politik wieder ernst nehmen“, betonte die Ministerin und verwies auf die Absicht, mit der Novellierung der Bauordnung auch einen Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung zu leisten. Als Schwerpunkte der Neuregelungen nannte sie Maßnahmen zur weiteren Vereinfachung und zur Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens, die Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie in innerstaatliches Recht, die Aufnahmen von Vorschriften zum ökologischen Bauen und die Neuregelung der Bauvorlageberechtigung. Im Hinblick auf die Bauordnung von 1984 sei es erklärtes Ziel dieser Neuregelung, die hoheitliche Tätigkeit des Staates auf das zwingend gebotene Maß zurückzuführen, die notwendigen Prüfungen weitgehend auf von den Bauherren zu beauftragende Sachverständige zu übertragen und die Verfahren in den verbleibenden staatlichen Bereichen zu kürzen und zu straffen. Klagen über zu hohe Standards gingen dann fehl, wenn sie sich auf Standfestigkeit, Brandschutz, Wärmeschutz und Schallsisolierung bezögen, fuhr Brusis fort; zudem entstünden viele Normen nach den anerkannten Regeln der Technik überwiegend aus den Interessen und der Übung der am Bau Beteiligten. „Nach meiner Überzeugung bewirkt der Entwurf eine Entstaatlichung und Liberalisierung des Bauordnungsrechts, stärkt die Verantwortlichkeit der am Bau Beteiligten und erweitert den Handlungsspielraum der bauwilligen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer grundrechtlich geschützten Baufreiheit“, erklärte die Ministerin.

**Gerhard Wirth** (SPD) wünschte sich, daß alle Fraktionen gemeinsam die neue Bauordnung beschließen werden, denn es sollte weder „rote, grüne, schwarze oder gelb-blaue Landesbauordnungen“ geben. Es sei positiv zu werten, daß die Landesregierung in ihrem Entwurf eine deutliche Entlastung für die Bauverwaltungsbehörden vorsehe. Die bis 1984 gegebene Bauvorlageberechtigung für Ingenieure, die sich inzwischen zu einer Kammer zusammengeschlossen haben, solle wiederhergestellt werden; zudem sei der hohe Stellenwert, den das Nachbarschaftsrecht immer noch

einnehme, kritisch zu beleuchten, vor allem was die Frage der Grenzbebauung angehe, die zwischen Nachbarn häufig umstritten sei.

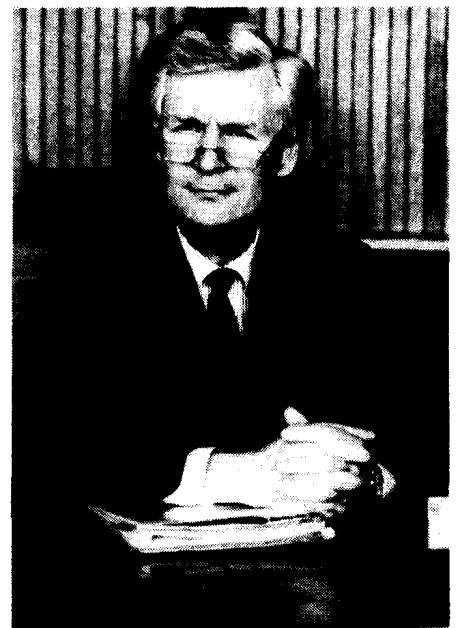
**Franz Püll** (CDU) hielt das Nachbarschaftsrecht für einen wichtigen Punkt, der in den anstehenden Ausschußberatungen eingehend zu behandeln sei. Bei der Ökologie sei darauf zu achten, „daß durch intelligentere Lösungen nicht weitere Vorschriften und Regelungen das Bauen eher erschweren als vereinfachen“. Wichtig sei außerdem die Umsetzung des neuen Baurechts bei den Unteren Bauaufsichtsbehörden. Die Bauvorschriften im Lande seien investitionsfreundlich auszugestalten. Alles in allem hoffe er, daß die hohen Erwartungen an die Reform nicht enttäuscht werden.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) hielt die neue Bauordnung nicht für den versprochenen „großen Wurf“. So werde durch die Aufnahme von Vorschriften für das ökologische Bauen die Regelungsdichte erhöht; das sei ein offenkundiger Widerspruch zum Ziel der Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens, stellte Kuhl fest, der auch Zweifel an der Entlastung der Bauaufsichtsbehörden anmeldete. Beim Einfamilienhaus seien 4000 Vorschriften, Gesetze und Verordnungen zu beachten — „da hätten wir ansetzen müssen, in dem Bereich insbesondere auch des Baunebenrechts“. Durch das genehmigungsfreie Bauen (bis zur siebten Etage in Bebauungsplangebiet) erhöhe sich das Risiko für Bauherren beträchtlich. Um all diese Fragen zu erörtern, werde seine Fraktion eine Sachverständigenanhörung nach der Sommerpause beantragen.

**Gisela Nacken** (GRÜNE) sah die alte Bauordnung in Teilen entrümpelt und hielt es für besonders bemerkenswert, daß das neue Gesetz gutachterlich begleitet wird, um zu prüfen, ob die neue Regelung ihrem Anspruch gerecht wird, schneller und ohne Bürokratie zu bauen. Das werde man abwarten müssen. Von „genehmigungsfreiem“ Bauen zu sprechen sei Etikettenschwindel, denn dies betreffe allenfalls ein und höchstens vier Prozent aller Anträge, und auch da gehe es nicht völlig genehmigungsfrei zu. Der bessere Weg wäre es sicherlich, den Baubehörden Genehmigungsfristen zu setzen, auf die sich die Bauwilligen einstellen könnten. Es müsse zudem auch in Zukunft gewährleistet bleiben, daß die Bauherren durch eine förmlich erteilte Baugenehmigung Rechtssicherheit, auch gegenüber nachbarschaftlichen Einsprüchen, erhalten. Im Unterschied zur F.D.P. und zur Architektenkammer sei sie sehr wohl der Ansicht, daß ökologische Standards in der Bauordnung verankert werden müssen.

**Brunhild Decking-Schwill** (CDU) übte Kritik daran, daß der Entwurf die Ziele „Einfacher, Schneller, Preiswerter“ nicht erfülle. Nichts werde einfacher, wenn der Entwurf nicht eine Bestimmung zurücknehme, sondern im Gegenteil neue Paragraphen hinzufüge. Das Baunebenrecht, das parallel zu entrümpeln

sei, werde nirgendwo erwähnt, auch würden nicht die Förderrichtlinie und Prüfungen im sozialen Wohnungsbau vereinfacht. Da keine einzige Vorschrift gestrichen werde, „kann ich nicht erkennen, woher die Beschleunigung kommen soll“. Allein die Verlagerung von Prüfungen auf Sachverständige könne das nicht bewirken, im Gegenteil, hier entstehe der Hang zum Aufbau einer „Privatbürokratie“. Die CDU sei durchaus für Privatisierung, aber sie sei kein „Privatisierungsfetischist“: Privatisierung müsse sich für den Bürger positiv auswirken und bezahlbar sein. Bei den vom Bauherrn zu tragenden Kosten für Sachverständige dürfe es nicht zu einer „Inflationierung“ kommen; es sei abzuwarten, ob diese Kosten wirklich niedriger seien als die Gebühren der Bauordnungsämter. Es sei, so Decking-Schwill weiter, auch wieder die Chance veräußert worden, bei dieser Novelle die auseinanderklaffende Lücke des Nachbarschaftsrechts nach dem Baurecht zu schließen. Das wäre ein Schritt zu größerem Rechtsfrieden gewesen, denn es dürfe nicht sein, daß ein Nachbar, „der ja gar nicht gefragt werden muß, jederzeit Rechtsmittel einlegen kann und das auch tut — selbst dann noch, wenn der Bauherr schon auf dem Möbelwagen sitzt“. Die Sprecherin: „Es darf nicht sein, daß die neue Landesbauordnung am Ende ein Beschäftigungsprogramm für Juristen ist.“



*Als „ganz klare, verlässliche, bilaterale Verabredung“, für die er ausgesprochen dankbar gewesen sei, wertete der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Henning Voscherau (Bild), bei seiner Vernehmung als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I unter dem Vorsitz von Bodo Hombach (SPD) die von Landesumweltminister Klaus Matthiesen (SPD) am Rande einer Parteiveranstaltung gemachte Zusage, im Falle eines Müllnotstandes Hamburg nicht „hängenzulassen“, das in der Entsorgung von der in der damaligen DDR gelegenen Deponie Schönberg abhängig sei. Diese Zusage habe danach Matthiesen mehrfach bestätigt; man sei aber darin einig gewesen, diese Verabredung nicht an die „große Glocke“ zu hängen, um den Beteiligten nicht die Gelegenheit zu geben, in den Anstrengungen um Hamburger Entsorgungsmöglichkeiten nachzulassen. Voscherau sah sich nicht in der Lage, das Datum dieser von Matthiesen gegebenen Zusage näher einzugrenzen, sie sei in der Zeit von Ende 1989 bis Anfang Oktober 1990 erfolgt, teilte er mit.*



Fragen nach der Handlungsfähigkeit der Regierung und nach der Zukunft des Landes: v.l. Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Jürgen Büssow (SPD), Herbert Reul (CDU), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD).  
Fotos: Schälte

## Divergenzen über die Art des Regierens im Lande NRW

CDU und F.D.P. haben der Regierung Rau vorgeworfen, in Nordrhein-Westfalen würde nicht mehr regiert. In einer von den Liberalen beantragten Debatte hielten Oppositionssprecher der beiden Fraktionen dem SPD-Regierungslager vor allem eine verfehlte Wirtschaftspolitik und fehlenden Reformwillen vor. SPD und Grüne begegneten den Vorwürfen mit dem Hinweis, die Antragsteller hätten nur die Besserverdienenden im Blickfeld. Arbeitslosigkeit und Armut gebe es für F.D.P. nicht. Ein 10-Punkte-Programm wurde als „Verhöhnung“ und „Luftblasen-Katalog“ gewertet. Der F.D.P.-Antrag, der von der CDU unterstützt wurde, fand in direkter Abstimmung bei der Mehrheit von SPD und Grünen keine Zustimmung (Drs. 11/7301).

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) sagte, man wolle die Präsenz der Polizei auf den Straßen verbessern. Rohde äußerte Zweifel, ob ausgerechnet der Innenminister eine Vorwärtsstrategie entwickeln könne, der bisher jedenfalls keinen Beitrag zur Reform des öffentlichen Dienstes geleistet habe. An den Ministerpräsidenten richtete er die Frage, wann er Schluß mache mit der einseitigen Bevorzugung der Montanindustrie. Warum er nicht Schluß mache mit der Bevorzugung allein von Kohle und Stahl? Das Land habe Anspruch auf Gleichberechtigung aller Regionen und auf die Gleichberechtigung aller Unternehmensgrößen. Wo bleibe die Innovationsoffensive? Rohde erinnerte an 120 Milliarden Mark Schulden, 6000 Mark pro Einwohner. Er fragte weiter, wo die Ansätze zur Reform des Schulwesens seien. Im Medienbereich brauche man ein modernes Wirtschafts- und Kartellrecht.

**Jürgen Büssow** (SPD) betonte, Arbeitslosigkeit, immer noch über drei Millionen Menschen in der Bundesrepublik, die zunehmende Zahl von Sozialhilfeempfängern, die Verarmung von Alleinstehenden und geschiedenen Müttern seien nicht die „wirklichen Probleme“ in unserer Gesellschaft in der F.D.P.-Lesart. Auch nicht die Tatsache,

daß die Arbeitnehmerhaushalte bei den staatlichen Transferleistungen für die neuen Länder stärker belastet würden als die einkommenstärkeren Verdienner. Daß Privilegierung für Besserverdienende auch zum Wohl aller umgesetzt würde, bezeichnete der Abgeordnete nicht nur als historisch falsch, sondern auch als dreist und als eine Verhöhnung gegenüber den Menschen, die mit weniger auskommen müßten.

**Herbert Reul** (CDU) meinte, die SPD in NRW sei auch nicht mehr das, was sie einmal gewesen sei. Womit sich die Sozialdemokraten inzwischen zufrieden gäben, sei schon abenteuerlich. In NRW herrsche, was Juristen „Stillstand der Rechtspflege“ nennen würden. Zwei Gesetzesvorhaben, Kindergartengesetz und Kommunalverfassungsreform, assoziierte Reul mit der Sendung „Pleiten, Pech und Pannen“. Im Kabinett des Ministerpräsidenten gehe es drunter und drüber. Die Leute würden dafür bezahlt, dieses Land zu regieren und in Wirklichkeit gehe es um persönliche Karrieren. Man brauche in diesem Land Vorfahrt für Technik und Innovationen. Dem Ministerpräsidenten hielt der CDU-Generalsekretär in NRW vor, er habe kein Interesse mehr an dem, was hier stattfindet. „Ihr Laden ist müde geworden.“

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) hielt der F.D.P. vor, sie habe einen schwarzen Tag erwischt. Zu einem modernen Management, für das ja die F.D.P. eintrete, gehöre auch, daß man

eine Woche nach vorne denken könne. Das sei vielleicht bei diesem Antrag vergessen worden. Zu einem 10-Punkte-Programm der F.D.P. stellte Frau Höhn fest: „Armes Nordrhein-Westfalen. Das ist ja ein 10-Punkte-Luftblasen-Katalog“. Arbeitslosigkeit und Armut gebe es nicht für die F.D.P. Wie auch in einer Partei der Besserverdienenden? Da könne es diese Begriffe nicht geben. Kritisch merkte sie an, Raus eindeutige Stärke sei, daß er den „Ministerpräsidenten über den Wolken“ spiele. Bei dieser Art des Regierens tue er so, als habe er mit den vielen Skandalen seiner Minister nichts zu tun.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) klassifizierte den Antrag als „Sammelsurium von Kalendersprüchen“. Es würden Gags erzählt, „die noch nicht einmal auf einer vierklassigen Stehparty ausreichen, wo die Gäste schon alle schicker sind“. Anders könne man das Niveau, das „dieser unsägliche Generalsekretär“ hier geboten habe, nicht bezeichnen. Den Antragstellern scheint völlig entgangen zu sein, daß die Diversifizierung und Modernisierung auch dieses Landes und seiner Wirtschaft entscheidende Fortschritte gemacht habe. Die Industrie sei trotz des Einbruches bei Kohle und Stahl in einem relativ robusten Zustand. Von einer einseitigen Bevorzugung der Montanregionen könne überhaupt keine Rede sein. Zur Kriminalität sagte Einert, die Antragsteller blockierten auf Bundesebene eine wirkliche Strategie gegen das organisierte Verbrechen und die Rauschgiftkriminalität.

## Stimmen für und gegen kleine Hauptschulen

Die CDU hat sich dafür eingesetzt, daß die Schülerzahl zu Beginn der 7. Klasse Kriterium für Bestand von Hauptschulen sein solle. Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen Union und F.D.P. wurde dieser Antrag abgelehnt (Drs. 11/7306).

**Norbert Giltjes** (CDU) nannte als Fragestellung: „Will die Mehrheit dieses Landtages aus einer objektiv festgestellten Tatsache die Konsequenz ziehen, die den Hauptschulen im Lande und den kommunalen Trägern Planungssicherheit gibt – ja oder nein?“ In Klasse 5 würde kaum die erforderliche Schülerzahl erreicht, und in Klasse 7 seien die Hauptschulen wegen dieser Übergangszahlen häufig zweizügig, manchmal sogar dreizügig. Inzwischen aber entstehe die Sorge um den Fortbestand.

**Brigitte Speth** (SPD) hielt der CDU vor, sie spreche überhaupt nicht von den Kindern. In den Klassen 5 und 6 beginne ein Selektionsverfahren. Dann würden die Kinder vom Gymnasium auf die Realschule oder die Hauptschule abgeschoben. Diese Kinder empfänden das wie auch ihre Eltern als Abstieg. Der CDU gehe es um den Erhalt kleiner Hauptschulen.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) meinte, das, worauf der CDU-Antrag ziele, sei geltende Verwaltungspraxis in NRW. Die Schülerzahl in Klasse 7 entscheide über den Bestand von Hauptschulen. Es spreche nichts dagegen, das auch gesetzlich zu regeln.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) hielt der CDU vor, sie wolle um jeden Preis die Hauptschulen  
Fortsetzung Seite 13



## Hilferuf der beiden Kultursekretariate wegen Mittelkürzungen

### Mit „intelligentem Erweiterungsbau“ will Staatsarchiv ins neue Jahrhundert starten

*Den Wunsch des in der Düsseldorfer Mauerstraße gelegenen Hauptstaatsarchivs (HStA) nach einem „intelligenten Erweiterungsbau“ zur Aufnahme modernen Archivguts hat dessen Leiter Professor Dr. Otfried Dascher dem Kulturausschuß des Landtags nahegebracht. Sonst gerate das neben dem Koblenzer Bundesarchiv größte Staatsarchiv der Bundesrepublik angesichts der Entwicklung auf dem Gebiet der neuen Medien in „Zugzwänge, die das Ansehen der Institution schädigen müssen“.*

Der Kulturausschuß hatte sich am 8. Juni unter Leitung seiner Vorsitzenden Hildegard Matthäus (CDU) im Gebäude des HStA versammelt, um über dessen gegenwärtige Situation und Perspektiven zu beraten. In einem weiteren Gespräch ging es um die Zukunft der Kultursekretariate Gütersloh und Wuppertal. Bei einer Enthaltung seitens der Grünen wurde zudem der CDU-Antrag „Kulturgut Lesen sichern“ (Drs. 11/6238) angenommen. Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde wurde auf Antrag der CDU-Fraktion schließlich das „Aus“ für die aus wirtschaftlichen Gründen eingestellte Zeitschrift „NRW literarisch“ erörtert.

In seinem Bericht umriß Dascher die Lage des HStA so: Verteilt auf drei Dienstgebäude (Schloß Kalkum mit 24 Regalkilometern, Stockkampstraße elf und Mauerstraße 55 Kilometer), sei spätestens zur Jahrhundertwende die vorhandene Magazinkapazität erschöpft. Alle Gebäude waren oder seien Sanierungsfälle; in der Mauerstraße mache besonders einsickerndes Wasser im Innenhofbereich Sorgen und gefährde unersetzliche Bestände im Objektschutzraum; Außenhaut und Klimatisierung bedürften dringend der Erneuerung.

Die in einigen Jahren anstehende Totalsanierung sollte Anlaß sein, das in „weiser Voraussicht“ in unmittelbarer Nähe vorgehaltene Reservegrundstück für einen „intelligenten Erweiterungsbau“ zu nutzen. Der wäre nicht nur in der Lage, weitere 25 Regalkilometer für Archivgut herzustellen, sondern er sollte auf jene Aufgabengebiete hin ausgelegt werden, die der Funktionswandel der Staatsarchive von wissenschaftlich-kulturellen Institutionen zu Serviceeinrichtungen für Verwaltung und Öffentlichkeit erforderlich macht. So habe die EDV eine zentrale Rolle als unentbehrliches Hilfsmittel für Übernahme, Verzeichnung und Erschließung der Bestände einzunehmen. Zum anderen würden in der öffentlichen Verwaltung mehr und mehr Überlieferungen nicht mehr in den klassischen Schriftgutformen, sondern über EDV organisiert: „Erste Ablieferungen von Publikationen von Behörden auf CD-ROM sind bereits erfolgt, bei den Magnetbändern wird uns eine erste Ablieferungswelle in den beiden nächsten Jahren erreichen“, führte Dascher aus.

Unter Hinweis auf das Archivgesetz von 1989 erinnerte Dascher daran, daß dieses Gesetz erstmals ein Recht auf Nutzung des öffentlichen Archivguts gebracht habe. Es gehe bei den Wünschen des HStA auch nicht um eine Personal- und Sachausstat-

zung „de luxe“, sondern alleine darum, es technisch und organisatorisch in die Lage zu versetzen, seine Funktionen für die öffentliche Verwaltung und für die Bürger wahrzunehmen. Als Beispiel nannte der Direktor die umfangreiche Luftbildsammlung von derzeit 600 000 Aufnahmen. Sie sei das größte Luftbildarchiv der Bundesrepublik und gehöre zu den am intensivsten genutzten Beständen — nicht nur zu Forschungszwecken, sondern vorrangig zu Verwaltungszwecken für die Altlastenermittlung und für Renaturierungen.

Der Erweiterungsbau, so Daschers Fazit, müßte umgehend in Angriff genommen werden, ein weiteres Hinauszögern mache jede Lösung nur noch teurer: „Entscheidet man sich jedoch für einen Ausbau des Hauptstaatsarchivs, ohnehin eine Voraussetzung für die Überlegungen über ein funktionsfähiger

standener kommunaler Selbstverwaltung aufgegeben. Die Sekretariate würden, weil das Land darauf verzichte, zu ihren Gunsten Prioritäten setzen, gleich wie alle kommunalen Zuschußempfänger behandelt. Damit steige die „Gefahr der Implosion unserer wertvollen Einrichtung“, meinte Schmidt und bat die Parlamentarier um Unterstützung und Bestandsschutz: „Helfen Sie, es wird höchste Zeit.“

Sein Kollege Jansing aus Gütersloh machte darauf aufmerksam, daß die Jahresmittel pro Stadt von ehemals 20 300 auf derzeit 11 500 Mark zurückgegangen seien; bei einer 25- bis 30prozentigen Förderung in den letzten Jahren gehe inzwischen der Versuch „in die Richtung einer Nullprozentförderung“, klagte er und meinte unter Hinweis auf die zurückgehenden Mittel für die Projektförderung — bei zumindest gleichbleibenden Personal- und Sachkosten —, daß die Finanzkrise zur Sinnkrise werde. Der Appell, die Mittelkürzungen in Grenzen zu halten, gehe zugleich an das Land und die Mitgliedsstädte, betonte Jansing.



*Beispiele für die ganze Vielfalt des im Hauptstaatsarchiv versammelten Archivguts, von der karolingischen Urkunde bis zum Luftbild, konnten die Mitglieder des Kulturausschusses in Augenschein nehmen. Auf dem Bild (v.l.): Horst Sommerfeld, Dr. Bernd Brunemeier, Manfred Böcker (SPD), Dr. Hans Horn (CDU) und Dr. Eugen Gerritz (SPD), die hier die von einem Mitarbeiter präsentierte Denunziation aus der NS-Zeit studieren.*

ges „Haus der Geschichte“ im Ständehaus, ist dies auch ein Signal an die Öffentlichkeit, daß NRW zu seinem Modell Düsseldorf weiter steht, mit dem es in den 60er und 70er Jahren europaweit Aufmerksamkeit und Beachtung gefunden hatte“.

In engagierten Beiträgen machten der Geschäftsführer des Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit in Wuppertal, Dr. Dietmar N. Schmidt, und der Geschäftsführer des Kultursekretariats NRW in Gütersloh, Meinolf Jansing, auf die Situation ihrer beiden Einrichtungen aufmerksam. Schmidt („Unser heutiges Auftreten ist ein Hilferuf“) und Jansing („Wir werden uns selber in Frage stellen, bevor das andere tun“) nahmen die Kürzungen der Mittel ins Visier, denen die beiden Sekretariate wie andere kommunale Einrichtungen unterzogen würden, wobei die Sekretariate doppelt getroffen würden: Ebenso wie die angeschlossenen Städte fahre auch das Land seine Zuschüsse zurück.

Damit würden „Jahrzehnte einer beispielhaften kooperativen Kulturarbeit“ (Schmidt) in Gefahr gebracht und ein Stück wohlver-

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Eugen Gerritz, hielt nichts von dem zum Ausdruck gekommenen „Defätismus“; man brauche beide Kultursekretariate, und die Kürzungen seien nicht das Ende der Kulturpolitik. Gerade in finanzarmen Zeiten sei Kooperation auf dem Gebiet der Kultur wichtig und unverzichtbar. Einen Ausbau des Modells „Kultur regional“ forderte Brigitte Schumann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hier verböten sich Kürzungen; in diesem Zusammenhang seien 60 Millionen Mark Landesförderung für einen Filmpark in Bottrop „geradezu abenteuerlich“. Vernetzungs- und Kooperationsprozesse müsse man belohnen und nicht bestrafen. Und als „gebranntes Kind“ erinnerte die Ausschußvorsitzende Hildegard Matthäus (CDU) daran, daß der Kulturausschuß im ersten Jahr seines Bestehens in der jetzigen Form, im Jahr 1980, eine 30prozentige Kürzung der Kulturausgaben hinzunehmen hatte: „Es war eine Katastrophe“, meinte sie und fuhr fort: „Bei der Kultur geht es inzwischen um das Hemd. Wir müssen überlegen, wie die Kultur in diesem Land überleben kann.“

## Institut für Wissenschaft und Ethik **In Grenzfragen der Biomedizin und -technik keine moralisch urteilende Instanz**

*Im Ausschuß Mensch und Technik berichtete am 27. Mai das Wissenschaftsministerium auf Antrag der CDU über die Aufgaben des Instituts für Wissenschaft und Ethik, das von den Universitätsprofessoren Honnefelder (Bonn) und Gethmann (Essen) geleitet wird (Vorlage 11/2991).*

Ministerialdirigent Fiege (MWF) erklärte, das Institut, von einem eingetragenen gleichnamigen gemeinnützigen Verein getragen, werde unterstützt von den Hochschulen Bonn und Essen, der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Luft- und Raumfahrt, dem Forschungszentrum Jülich sowie dem Wissenschaftsministerium. Es ist aus einer Forschungsgemeinschaft entstanden, die sich mit Problemen der Bioethik (Organtransplantation, Humangenetik und Gentechnik im nichthumanen Bereich) befaßte. Das Institut unterhält zwei Abteilungen, die sich mit Fragen von Wissenschaft und Ethik im Bereich a) der biomedizinischen Wissenschaften und b) der technischen Anwendungen naturwissenschaftlicher Forschung befassen und von den beiden Direktoren des Instituts, den Professoren Honnefelder (Uni Bonn) und Gethmann (UNI-GH-Essen), geleitet werden. Die Komplexität der wissenschaftlichen Forschung und Vorgänge im Bereich Gentechnik mache eine institutionalisierte Form der Entwicklung einer Ethik in der Wissenschaft notwendig. Ziel sei nicht die Beschränkung der Diskussion auf die Wissenschaft, sondern der öffentliche Dialog mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Die Öffentlichkeitsarbeit stelle für das Institut ein wichtiges Element dar; das Ziel des Institutes sei nicht, wie vielfach unterstellt, die Akzeptanzbildung, sondern der öffentliche Dialog.

Wissenschaft könne nicht die letzte moralisch urteilende Instanz sein. Besondere Bedeutung habe der Dialog zwischen Medizin, Naturwissenschaften und Technik mit den

Disziplinen, die sich mit Fragen der Ethik befassen. Das Institut wolle in diesem Dialog ein interinstitutionelles und inter fakultäres Forum bieten. Die Aufgaben des Instituts liegen in der Planung, Durchführung und Auswertung von Forschungsvorhaben, der Unterstützung von Mitgliedern universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen bei Projekten auf dem vom Institut verfolgten Themenkreis, der Veröffentlichung der gewonnenen Erkenntnisse und der Aufgabe, als Forum für wissenschaftliche Diskussionen im Bereich von Wissenschaft und Ethik bereitzustehen.

Helmut Hellwig (SPD) interessierte die Frage, ob das Institut zur Versachlichung der Diskussion in diesem sensiblen Bereich beitragen könne. Aus der Perspektive der Politik gäbe es durchaus Erwartungen an das Institut, wie vielleicht auch umgekehrt. Er regt den direkten Austausch mit den Direktoren des Institutes an. Da Prof. Honnefelder Mitglied der Genkommission sei, erhoffe er sich Informationen zu den Aktivitäten und Initiativen auf der Ebene der Europäischen Union.

Hans-Karl von Unger (CDU) mißt dem Institut zentrale Bedeutung für die Diskussion in diesem Bereich bei und hofft ebenfalls auf einen Beitrag zu deren Versachlichung. Er wünsche sich, daß mit Hilfe des Institutes über den Tag hinaus gültige Maßstäbe gefunden würden.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) unterstreicht, daß die ethischen Fragestellungen des Institutes – Wissenschaftsfolgeabschätzung und die darauf folgende ethische

Bewertung dieser Folgen – noch komplexer als Fragen der Technikfolgenabschätzung und -bewertung seien. Ethik sei nicht eindeutig, sie könne nur bei der Orientierung des einzelnen in der Freiheit helfen. Für einen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Institut müsse ein Verfahren vereinbart werden. Ansatzpunkte sieht er vor allem in konkreten Projekten.

Dr. Katrin Grüber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) befürchtet, daß mit dem Institut nur Akzeptanz geschaffen werden solle. Sie regt an, die Gespräche über Initiativen und Entwicklungen auf dem Feld der Gentechnologie und -therapie auf andere interessierte Kreise (z. B. Landschaftsverbände, bei denen auch kritische Stimmen laut geworden seien) auszuweiten. Das Ziel müsse ein öffentlicher Diskurs sein. Der Ausschuß kommt überein, Vertreter des Instituts für Wissenschaft und Ethik in die nächste Ausschußsitzung nach der Sommerpause einzuladen, von dem sich die Mitglieder neben konkreten Informationen zu den europäischen Aktivitäten einen ersten Gedankenaustausch mit dem Institut für Wissenschaft und Ethik erhoffen.

### **Arbeit statt Sozialhilfe**

Das Landesprogramm „Arbeit statt Sozialhilfe“ läuft seit 1984 überwiegend mit einem Mitteleinsatz von 75 Millionen Mark je Jahr und 3000 Beschäftigungsverhältnissen für jeweils zwei Jahre. An Barmitteln werden pro Haushaltsjahr rund 60 bis 65 Millionen Mark benötigt. Das teilt das Arbeitsministerium auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Winfried Schittges mit (Drs. 11/7261).

## **Petitionsausschuß**

### **Höhere Rente**

*Herr K. wandte sich hilfesuchend an den Petitionsausschuß, da ihm die von der Landesversicherungsanstalt im April 1993 bewilligte Regelaltersrente in Höhe von 510,56 Mark zu niedrig erschien. Er hat von der Berufsausbildung an gearbeitet und Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet und sich seiner Ansicht nach einen höheren Rentenanspruch erworben.*

Bei der Überprüfung der Petition hat sich herausgestellt, daß Herr K. vom 1. Juni 1974 bis zu seinem Zuzug aus der heutigen GUS in das Bundesgebiet im Juni 1992 eine Invalidenrente bezogen hat. Es war aber nicht geprüft worden, ob diese im Alter von 46 Jahren zugesprochene Rente zumindest bis zum 55. Lebensjahr nach dem Eingliederungsprinzip einer bundesdeutschen Rentenbezugszeit gleichgestellt und somit als Anrechnungszeit hätte berücksichtigt werden können. Diese Prüfung hat die Landesversicherungsanstalt im Rahmen des Petitionsverfahrens dann nachgeholt.

Im Ergebnis wurde die Zeit vom 1. Juni 1974 bis 31. August 1982 dann als Anrechnungszeit berücksichtigt. Es stellte sich dann weiter heraus, daß Herr K. durch die Anrechnung dieser Zeit auch die Wartezeit für langjährige Versicherte von 35 Jahren erfüllte, so daß ihm die Altersrente nunmehr rückwirkend für die Zeit von Juni 1992 an bewilligt werden konnte. Das Positivste für Herrn K. ist jedoch die Tatsache, daß seine Rente nunmehr fast doppelt so hoch ist.



*Dr. Gerhard Cromme, Vorsitzender des Vorstands der Krupp Hoesch Stahl AG, hat am 10. Juni vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II (Vorsitzende Maria-Theresia Opladen, CDU), ausgesagt, der das Regierungshandeln in Sachen Dioxin Dortmund unter die Lupe nimmt. Der Zeuge Cromme führte dabei aus, die vom Ministerium Ende Mai vergangenen Jahres vorgelegten Meßergebnisse über den Dioxinausstoß der beiden Dortmunder Sinterbänder seien seinem Hause als „völlig aus der Norm fallend“ erschienen, so daß man sich mit dem Ministerium darauf geeinigt habe, durch Nachmessungen möglichst rasch zu „echten Zahlen“ zu kommen, um auf dieser Basis Maßnahmen zu ergreifen.* Foto: Schälte

## Frauenausschuß begrüßt Mitsprache bei neuen Berufsordnungen

### Ab 1995 staatlich anerkannt: Altenpflegerin und Altenpflegehelferin

Im Ausschuß für Frauenpolitik standen in der von Marie-Luise Morawietz (SPD) geleiteten Sitzung am 10. Juni Anträge der Grünen zur § 218-Gesetzgebung, zum Aufenthaltsrecht für verheiratete Ausländerinnen, zur Fortpflanzungsmedizin und zur Frauenförderung in der Wirtschaft auf der Tagesordnung. Bei der abschließenden Mitberatung des Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege, das am 17. Juni in zweiter Lesung verabschiedet wurde (Bericht über die Plenaraussprache in der nächsten Ausgabe), begrüßten alle Fraktionen die Anhörung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales vor dem Erlaß von zwei Ausführungs-Verordnungen. Regina van Dinther (CDU) und Brigitte Speth (SPD) regten ein Treffen des Frauenausschusses mit dem Landesfrauenrat und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenverbände an, zu dem die Ausschußvorsitzende einladen soll. Außerdem schlug Regina van Dinther (CDU) vor, anlässlich der Einführung des Frauenwahlrechts vor 75 Jahren noch lebende Parlamentarierinnen der ersten Zeit um Erfahrungsberichte aus den Anfängen der politischen Gleichberechtigung zu bitten.

Eingangs stellte die SPD-Sprecherin die neue frauenpolitische Referentin der SPD-Fraktion Sabine Löschner als Nachfolgerin für Reinhard Naujoks vor, der ins Ministerium zurückkehrt. Auch in den anderen Fraktionen haben personelle Veränderungen stattgefunden. Referentin für Frauen- und Sportpolitik der CDU-Fraktion ist Dr. Ute Rieger. Der Arbeits-, Familien- und Frauenpolitik der F.D.P.-Fraktion arbeitet Walter Grotenbeck zu. Referentin für die Frauenpolitik der GRÜNEN-Fraktion ist Carola Schewe.

Durch die NRW-Initiative zur Krankenkassen-Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen, so die SPD-Sprecherin Brigitte Speth, sei der Grünen-Antrag „§ 218: Spielräume nutzen“ nicht mehr aktuell. Marianne Hürten (GRÜNE) hielt dennoch Druck vom Land aus für nötig und wies auf die außerdem anstehenden Probleme bei Beratung, Datenschutz und Umfeld der Schwangeren hin. Ruth Wittler-Koch (F.D.P.) schloß sich dem SPD-Votum an, bei Nötigung zum Abbruch könne nach geltendem Recht reagiert werden. SPD, F.D.P. und Grüne kamen überein, möglichst gemeinsam zur Bundratsinitiative der Landesregierung Stellung zu nehmen, während für die CDU Frau van Dinther eine abweichende Entschliebung ankündigte.

Auf Unterstützung der Landesregierung im Bundesrat lief ebenfalls die Aussprache über den Grünen-Antrag hinaus, ausländischen Ehegattinnen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu gewähren. Der Antrag ging der SPD zu weit. Brigitta Heemann (SPD) warnte vor unerwünschten Folgen (Heiraten, um Aufenthalt zu erzwingen). Anne Garbe (SPD) hielt eine nicht genau definierte Härtefallregelung für flexibel in der Praxis. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso der Grüne-Antrag „Fortpflanzungsmedizin ist die falsche Antwort auf Fruchtbarkeitsstörungen“. Das Thema „Frauenförderung in Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“ wird gemäß einer Übereinkunft der Fraktionen nach der Sommerpause plenar eingehend be-

handelt und damit Zeit für die Kenntnisnahme des Aktionsprogramms „Frau und Beruf“ sowie der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen „Vernachlässigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderung“ (Drs. 11/6919) gewonnen.

Die Berufsausbildung in der Altenpflege soll auch nach Meinung der Bundratsmehrheit bundesrechtlich geregelt werden, berichtete der Sprecher des Arbeitsministeriums zum NRW-Altenpflegegesetz. Marianne Hürten (GRÜNE) sprach sich gegen die Kurzausbildung von Helferinnen und gegen eine bis zu sechs Jahre währende Vollausbildung in



Um den „Wildwuchs“ in der Altenpflege und auch Unterbezahlung zu beseitigen, wird die Qualifikation zur Pflege und Pflegehilfe künftig in staatlichen Fachseminaren vermittelt und nach Abschluß geprüft und anerkannt. Foto: Peter Wirtz

Abend- und Samstagkursen aus. Anne Garbe wies auf den Modellversuch Helferausbildung des Arbeitsministers hin. Regina van Dinther (CDU) sprach sich für die Teilqualifizierung Pflegehilfe als von vielen Frauen durchaus erwünschte niedrige Einstiegsschwelle aus, während Marianne Hürten (GRÜNE) Minderqualifikationen von Frauen ablehnte. Ministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) machte darauf aufmerksam, daß ohne geregelte Helferausbildung „Wildwuchs“ zu erwarten sei. Einstimmig begrüßte der Ausschuß den Gesetzentwurf aus frauenpolitischer Sicht und das Votum des federführenden Arbeitsausschusses, am Erlaß von Rechtsverordnungen zu den beiden Berufsbildern beteiligt zu werden.

★

Mit dem NRW-Altenpflegegesetz wird für die Berufe der Altenpfleger/in und der Altenpflegehelfer/in die staatliche Anerkennung vorgeschrieben. Bisher waren Ausbildung und Prüfung im Gesetz über Gesundheitsberufe geregelt. Die Ausbildung in der Altenpflege dauert drei Jahre, in Teilzeit bis zu sechs Jahre. Voraussetzungen für die Ausbildung zur staatlich anerkannten Altenpflegerin sind die Vollendung des 16. Lebensjahres, die

persönliche und gesundheitliche Eignung, Fachoberschulreife oder Hauptschulabschluß und eine weitere Grundqualifizierung, die auch aus vierjähriger Tätigkeit in einer Familie mit Kind oder Pflegeperson bestehen kann. Für die staatlich anerkannte Altenpflegehelferin ist eine Grundausbildung von einem Jahr vorgesehen. Für die Ausbildung am Fachseminar für Altenpflege wird eine Vergütung bis zur Höhe der Krankenpflegeausbildung gezahlt.

Aufgabe der Altenpflegerinnen und Altenpfleger ist es, „ältere Menschen selbständig und eigenverantwortlich zu pflegen, zu beraten und zu begleiten und ihnen zu helfen, die körperliche, geistige und seelische Gesundheit zu fördern, zu erhalten oder wiederzuerlangen. Im Rahmen dieser Zielsetzungen soll die Altenpflege ein breitgefächertes Angebot persönlicher Hilfen in stationären und teilstationären Einrichtungen, im ambulanten Pflegedienst und in offenen und sonstigen Einrichtungen eröffnen. Diesem ganzheitlichen Anspruch entsprechend umfaßt die Ausbildung sozialpflegerische, medizinisch-pflegerische und therapeutische Inhalte.“

Insgesamt sollen die beiden Berufe der Altenpflege durch das neue Gesetz aufgewertet und ihre Ausbildung den gestiegenen Anforderungen angepaßt werden.

### Unterausschuß-Anhörung Dritte Welt und NRW am 2. September

Für die öffentliche Anhörung des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit des Hauptausschusses zum Thema „Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit auf der Ebene eines Bundeslandes“ stimmte Vorsitzender Jürgen Büsow (SPD) am 16. Juni den Fragenkatalog und die Liste der Anzuhörenden mit den Fraktionen ab. Für die Anhörung wurde ein Zeitrahmen von 10 bis 14 Uhr vereinbart. Sie findet am Freitag, 2. September, im SPD-Fraktionssaal statt.

Zunächst soll allgemein nach notwendigen Handlungsfeldern und der derzeitigen NRW-Entwicklungspolitik gefragt werden. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, das Programm „Konkreter Friedensdienst“, die Anliegen der Nicht-Regierungsorganisationen und ihre Zusammenarbeit mit Kommunen sind weitere Schwerpunkte. Außerdem soll es um die Abstimmung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und der kommunalen Ebene, um Kriterien und Ziele wie „Hilfe zur Selbsthilfe“ und um Projektpartner gehen. Themen von Weltkonferenzen (Umwelt, soziale Fragen, Bevölkerungspolitik, Frauen) sollen als „Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit“ mitbehandelt werden. Insgesamt werden 17 Institutionen eingeladen. Um 9 Uhr wird die Präsidentin des Landtags eine Ausstellung zum Thema der Anhörung im Foyer des Hauses eröffnen.

## Basisinitiativen helfen beim Aufbau in Weißrußland

„Das Land hat allen Grund, auf seine Bürger stolz zu sein, die in diesen Initiativen mitarbeiten.“ Diese Feststellung traf der SPD-Abgeordnete Dammeyer bei einem Treffen der über 60 Belarus-Initiativen in Nordrhein-Westfalen am 15. Juni im Landtag. Die Einladung hatte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe ausgesprochen. Da sie erkrankt war, begrüßte Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose die Vertreter der Basisinitiativen, die sich in freiwilliger und selbstloser Weise für Projekte und damit für den Aufbau in Weißrußland einsetzen.

Die Moderation einer Gesprächsrunde mit den Abgeordneten Klose (CDU), Birgit Fischer (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE) übernahm Manfred Dammeyer. An dem ganztägigen Treffen beteiligte sich auch die SPD-Europaaabgeordnete Magdalene Hoff. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie es mit der Arbeit der Initiativen weitergehen soll. Während Peter Junge-Wentrup vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund (IBB) der Erwartung Ausdruck gab, Bund und Land sollten ein Förderprogramm für die Initiativen auflegen, meinte



Projekte in Belarus bedeuten für die Menschen auch ein Stück konkreter Hoffnung: v.l. Pfarrer Burkhard Hohmeyer von der Informationsstelle Tschernobyl in Münster, Peter Junge-Wentrup vom IBB, Professor Dr. Manfred Dammeyer und Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose.  
Foto: Schälte

der Sprecher einer Solinger Initiative, die Bürgerinitiativen sollten nicht zum Staat gehen, sondern sich auf sich selbst stützen. Auf alle Fälle wird nun erst einmal ein Initiativkreis Belarus NRW gebildet. Dabei würde Dammeyer es begrüßen, wenn sich Initiativen und Landesregierung bei ihren Vorhaben in etwa anpaßten und über

ihre Aktivitäten verständigten. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erinnerte daran, daß die Bemühungen um Weißrußland am 21. Juni 1991 bei einem Treffen in Minsk begonnen hätten. Er betonte, es lohne sich, sich für die Menschen dort einzusetzen und das nicht nur aus Verpflichtungen heraus, die historisch begründet seien.

## Europa-Wahl in Nordrhein-Westfalen

### Vorläufige Ergebnisse\*

	18. Juni 1989	12. Juni 1994
Wahlberechtigte	12 920 132	13 105 289
Wähler	8 058 173	7 800 617
Wahlbeteiligung	62,4 v. H.	59,5 v. H.
Davon entfielen auf Parteien (Auswahl)		
SPD	3 478 418	3 092 638
CDU	2 854 149	2 853 297
GRÜNE	634 884	860 677
F.D.P.	453 307	333 184
Republikaner	327 995	209 250
Das entspricht		
SPD	43,6 v. H.	40,1 v. H.
CDU	35,7 v. H.	37,0 v. H.
GRÜNE	7,9 v. H.	11,2 v. H.
F.D.P.	5,7 v. H.	4,3 v. H.
Republikaner	4,1 v. H.	2,7 v. H.

\*) Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Die SPD ist bei der Europawahl trotz deutlicher Verluste stärkste politische Kraft in Nordrhein-Westfalen geblieben. Mit 40,1 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichten die Sozialdemokraten 3,5 Prozentpunkte weniger als 1989. Die CDU konnte ihren Stimmenanteil um 1,3 Punkte auf 37,0 Prozent steigern. Gewinner des Urnenganges an Rhein und Ruhr sind die Grünen, die in Nordrhein-Westfalen erstmals mehr als zehn Prozent erhielten. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kamen sie auf 11,2 (1989: 7,9) Prozent der Stimmen. Die F.D.P. blieb mit 4,3 (1989: 5,7) Prozent auch in NRW unter der Fünf-Prozent-Marke. Die Republikaner schnitten wie im gesamten Bundesgebiet auch in Nordrhein-Westfalen deutlich schlechter ab als 1989 und kamen nur auf 2,7 (4,1) Prozent der Stimmen. Alle anderen der insgesamt 24 angetretenen Parteien spielten in Nordrhein-Westfalen keine Rolle. Die Wahlbeteiligung war mit 59,5 Prozent um 2,8 Punkte schlechter als 1989.

## Aus den Listen der Parteien in NRW gewählte Bewerber

Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit den vorläufigen Ergebnissen der Europawahl 1994 auch die Bewerber aus den Listen der Parteien bekanntgegeben, die gewählt worden sind.

Die SPD in NRW entsendet folgende Bewerber ins Straßburger Parlament: Dr. Klaus Hänsch, Diplom-Politologe, Hagen; Magdalene Hoff, Bauingenieurin, Hagen; Wilfried Kuckelkorn, Betriebsratsvorsitzender, Bergheim; Mechthild Rothe, Lehrerin, Bad Lippspringe; Bernhard Rapkay, Angestellter, Dortmund; Karin Junker, Journalistin, Düsseldorf; Helmut Kuhne, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bad Sassendorf; Martin Schulz, Buchhändler, Würselen; Detlev Samland, Diplom-Ingenieur, Essen; Jutta Haug, Angestellte, Herten; Axel Schäfer, Büroleiter, Bochum.

Für die CDU wurden gewählt: Hedwig Kappelhoff-Wiechert, Landwirtin, Velen; Dr. Günther Rinsche, Professor, Hamm; Elmar Brok, Angestellter, Bielefeld; Karl-Heinz Florenz, Landwirt, Neukirchen-Vluyn; Marlene Lenz, Übersetzerin, Bonn; Dr. Hans-Peter Liese, Bestwig; Kurt Malangré, Rechtsanwalt, Aachen; Klaus-Heiner Lehne, Rechtsanwalt, Düsseldorf; Dr. Christoph Konrad, Geschäftsführer, Bochum; Dr. Peter-Michael Mombaur, Hauptgeschäftsführer, Haan.

Die Grünen entsenden ins Europaparlament: Claudia Roth, Pressesprecherin, Bonn; Friedrich-Wilhelm Gfaefe zu Baringdorf, Landwirt, Sprengel; Edith Müller, Juristin, Köln.

## Fußball mit Herz

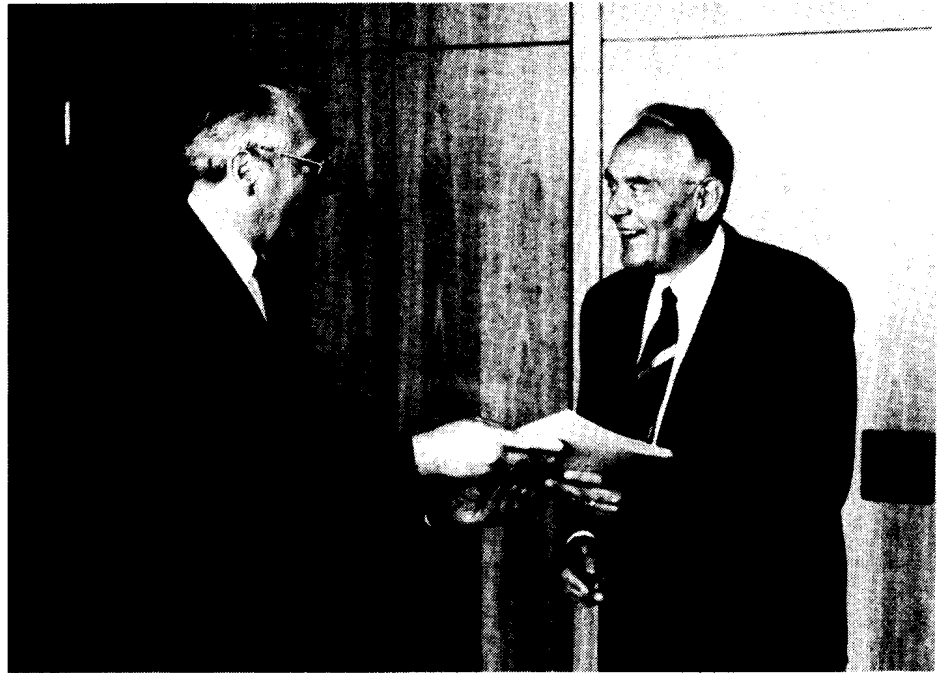
Es war kein rational-nüchternes Spiel, sondern Fußball mit Herz, Fußball mit südländischem Temperament bei nordischen Temperaturen. Ein Spiel, mit dem die Arbeit der Selbsthilfegruppe für Eltern krebskranker Kinder und Jugendlicher im Ennepe-Ruhr-Kreis unterstützt wurde. Am Ende stand im schmucken Bremen-Stadion in Ennepetal auf regen- gesättigtem Rasen ein leistungsgerechtes 2:2 zwischen dem FC Landtag, der in den Landesfarben antrat, und einer Auswahl von Ennepetal in der Traditionskluft der Dortmunder Borussen. Je länger das Spiel dauerte, um so höher und härter wurde der Einsatz. Beide Mannschaften wollten unbedingt den Siegtreffer, vor allem die Schlußminuten waren nicht frei von Nickeligkeiten und Ruppigkeiten. Ennepetal ging in Führung, der FCL hatte zu kurz abgewehrt, und Torwart Thermer wurde durch einen plazierten Schuß unter das Alugestänge überwunden. Danach hatte er allerdings mehrfach Gelegenheit, sich durch spektakuläre Flugparaden auszuzeichnen. Lautstark die Mannschaft dirigierend und antreibend, übernahm nun FCL-Spielführer Uwe Herder das Kommando. Unterstützt vom drahtig-dynamischen Hans Kraft, vom routiniert die Räume aufteilenden Ex-Parlamentarier Rainer Maedge und vom wusselig nach vorne drängenden Michael Ruppert, der zweimal in aussichtsreicher Position in den ausgedehnten Pfützenlandschaften vor dem Strafraum steckenblieb: Weiches Wasser bricht den Stein. Der Ausgleich fiel durch eine feine Einzelleistung von Euteneuer, der durch die Ennepetaler Abwehr spazierte und maßgerecht unseren Siggie bediente, der das Leder freistehend nur noch über die Linie zu bugieren brauchte. Das tat er mit der Abgeklärtheit eines Berti-Veteranen. In der zweiten Halbzeit ging René Markgraf mit einem langen Paß auf und davon, einen Ennepetaler Abwehrspieler ließ er durch eine elegante Körpertäuschung ins Leere laufen und versenkte mit souveräner Kaltschnäuzigkeit das Leder in der langen Ecke. Kurz vorher war die Mannschaft aus Ennepetal durch einen ähnlichen Treffer wieder in Führung gegangen. Nun häuften sich die packenden Strafraumszenen, trotz weiterer Chancen auf beiden Seiten blieb es beim hartumkämpften Unentschieden.

## Hauptschulen ...

Fortsetzung von Seite 8

len retten. Die Grünen wollten etwas anderes. Sie wollten Rahmenbedingungen für eine echte horizontale und vertikale Durchlässigkeit.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) sagte, angesichts steigender Schülerzahlen sei die Erwartung berechtigt, daß die skizzierte Problemlage nicht dauerhaft sein werde. Die beantragte Änderung des Schulordnungsgesetzes sei daher weder erforderlich noch sinnvoll.



Das erste Exemplar des Jahresberichts 1993 des nordrhein-westfälischen Landesrechnungshofs vor der eigentlichen Veröffentlichung hat der Präsident des Landesrechnungshofs, Professor Dr. Eberhard Munzert (l.), dem Vizepräsidenten des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose, übergeben. Klose (r.) nahm den Bericht in den Amtsräumen der Landtagspräsidentin entgegen, die er vertrat. Foto: Schälte

## Bild eines jungen Mannes, der eine Frau „anbaggert“

„Kann der Postdienst der Deutschen Bundespost noch öffentliche Aufträge des Landes NRW erhalten?“, fragt die F.D.P.-Abgeordnete Ruth Witteler-Koch in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. In der Begründung weist die Politikerin darauf hin, in diesen Tagen sei ihr ein Prospekt des Postdienstes der Deutschen Bundespost mit dem Titel „Zeigen Sie, was Sie haben!“ in die Hand gefallen. Bei dieser Publikation handele es sich ihres Erachtens jedoch weniger um völlig ernst zu nehmende Werbung, sondern vielmehr um eine Art Verführerlexikon. Nach „Zeigen Sie, was Sie haben!“ auf dem Deckblatt finde man im Inneren zum Beispiel ein Bild eines jungen Mannes, der gerade eine ähnlich junge Frau „anbaggert“. Der Titel zu diesem Bild laute „Zeigen Sie ruhig ein bißchen mehr!“ Die Broschüre solle vordergründig wohl der Verbreitung der Philatelie dienen. Hintergründig handele es sich allerdings um einen Maßnahmenkatalog zum Thema „Darf ich Ihnen meine Briefmarkensammlung zeigen...?“. Dabei befremde es, daß die Tips („dick auftragen“, „himmlisch schwärmen“ usw.) mit konkreten Regieanweisungen („mit sonorer Stimme vortragen“, „wichtig“, „schelmisch“, „mit ruhiger Stimme“, „verträumt“, „sentimental“, „auffordernd“ usw.) versehen seien. Hier verquicken sich Ziel und Weg zum Ziel in einer solchen Weise, daß dieses Produkt vor den Augen der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann keine Gnade finden dürfte, vermutet Frau Witteler-Koch. Sie stellt deshalb ihre Frage, ob der Postdienst noch öffentliche Aufträge erhalten könne. Das Gleichstellungsministerium antwortet darauf namens der Landesregierung und im Einvernehmen mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium mit „Ja“ (Drs. 11/7/198).

## Literatur

### Unterwegs nach Brandenburg

Was hat ein ehemaliges Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags in Ostdeutschland erfahren und wie verarbeitet er diese Erfahrungen? Die Antwort ist kurz: Er schreibt darüber. Das Ex-Mitglied des Parlaments am Rhein heißt Bernd Feldhaus, der für die SPD von 1975 bis 1990 im Landtag politisch tätig war. Seit 1991 arbeitet er verantwortlich am Aufbau demokratischer kommunal- und landespolitischer Strukturen in Brandenburg mit. Seine inneren und äußeren Erlebnisse hat er in Gedichte und Skizzen verarbeitet, beschrieben, gedeutet. „Unterwegs nach Brandenburg“ heißt der Band aus der „berdel edition“, in dem die schriftstellerischen Bemühungen zusammengefaßt sind.

### Problemlösungen

Im Untertitel nennt Bernd Feldhaus seine Veröffentlichung „Versuche eines Westdeutschen, ein neues Land zu verstehen“. Er wisse, was die Zeit in Brandenburg ihm gegeben habe, schreibt der Politiker im Vorwort: „Bis dahin nicht gekannte Aufgaben und Problemlösungen in ungewohnten Zusammenhängen, sich mir langsam öffnende Landschaft, vor allem aber Menschen in einer neuen Situation unverhoffter Bewährung haben mir unerwartete Lebensräume erschlossen, haben mich bereichert.“ Nicht verwunderlich, daß sich Feldhaus so dem Lande Brandenburg und seinen Menschen in seinen Texten mit großer Sensibilität und, fasziniert von fernen deutschen Phänomenen, mit einer verblüffenden poetischen Virtuosität angenähert hat. e. h.

## SPD-Fraktion

### Einfachere Verfahren zugunsten der Kommunen

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Katalog von Entlastungsmöglichkeiten für die Kommunen beraten. „Dabei geht es in erster Linie um den weiteren Abbau von Standards und Vorschriften sowie um ein vereinfachtes System des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden“, sagte der Abgeordnete Johannes Pflug. Pflug ist Leiter einer von der Fraktion eingesetzten Arbeitsgruppe Kommunal Finanzen/Verwaltungsreform.

Bereits beschlossen ist, daß die Landesmittel für Leistungen an Asylbewerber, Bürgerkriegs-

flüchtlinge und Aussiedler pauschaliert werden sollen. Die Pauschale für leistungsberechtigte Asylbewerber soll monatlich 675 Mark betragen, für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina insgesamt 320 Mark, für Aussiedler wie bisher 130 Mark. Zur Berechnung der Unterbringungskosten soll das Innenministerium eine einheitliche Grundlage erarbeiten.

„Die Stadterneuerungsmaßnahmen im Rahmen des GFG werden auf 350 Millionen Mark pro Jahr verstetigt“, berichtete Johannes Pflug. Darauf hätten sich die Arbeitskreise „Städtebau und Wohnungswesen“, „Kommunalpolitik“ und „Finanzen“ verständigt. Diese Verstetigung sichere die laufenden Stadterneuerungsprogramme für 1994 und die Folgejahre.

Vorgesprochen wird weiterhin ab 1995 eine Pauschalierung der Schulbauförderung. Es solle ein Verfahren festgelegt werden, das aktuell anste-

hende Schulbaumaßnahmen angemessen berücksichtige. In diesem Zusammenhang, so Pflug weiter, müsse auch das „Musterraumprogramm“ überprüft werden, das den Kommunen zum Teil enge Fesseln anlege. „Diese Fesseln wollen wir unseren Gemeinden nehmen“, erklärte der SPD-Abgeordnete. Das sei auch die Absicht bei einer Neuregelung von VOB und VOL, wonach die Kommunen bisher noch verpflichtet sind, Bauaufträge und die Vergabe von allgemeinen Dienstleistungen öffentlich auszuschreiben. Bund und Länder können dagegen, entsprechend einer EU-Regelung, unterhalb einer gewissen Größenordnung auf die Ausschreibung verzichten. Die SPD-Fraktion will, daß diese Regelung auch für die Kommunen übernommen wird. Ein entsprechender Antrag soll vom Landtag in dieser Woche zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen werden.

## CDU-Fraktion

### Bei Schülerbeförderung darf Landesregierung nicht kürzen

Gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei den Ausgleichsleistungen für die Schülerbeförderung hat sich der CDU-Verkehrsexperte Heinrich Dreyer ausgesprochen. Dreyer kritisierte die Absicht des Landesverkehrsministeriums, ab dem Schuljahr 1994/95 Leistungen des Landes für die Schülerbeförderung in Höhe von 50 bis 60 Millionen Mark zu streichen. Nach dem Personenbeförderungsgesetz zahlt das Land Ausgleichsleistungen an die Verkehrsunternehmen und deckt damit die Mehrkosten für den Schüler- und Ausbildungs-

verkehr. Konkreter Anlaß für die beabsichtigte Kürzung der Ausgleichsleistungen sind nach Einschätzung Dreyers die explodierenden Kosten für das Land im Zusammenhang mit dem Semester-Ticket für Studenten: Obwohl das Land die Einführung des Semester-Tickets unterstütze, wolle es nun für die Folgekosten nicht aufkommen. Dreyer: „Sollte sich das Land durchsetzen, werden die Fahrpreise bei Bus und Bahn erhöht werden müssen, es wird Fahrpläneinschränkungen geben und weitere Defizite in den kommunalen Haushalten.“

#### Land muß Versiegelungsabgabe zurückzahlen

Die Rückzahlung der von Bauherren in NRW gezahlten Versiegelungsabgabe hat der CDU-Wohnungsbauexperte Siegfried Zellnig von der Landesregierung gefordert. „Diese unsin-

nige Abgabe, die das Bauen um mehrere tausend Mark verteuert hat, hätte nie erhoben werden dürfen. Zum Glück ist sie nach einem halben Jahr wieder rückgängig gemacht worden. Doch in diesen sechs Monaten wurden zahlreiche Bauträger zur Kasse gebeten, die nun aus Gründen der Gerechtigkeit die gezahlte Abgabe zurückerstattet bekommen müssen.“

Die Abgabe, im September 1993 im Landtag nur mit den Stimmen der SPD beschlossen, hatte die Landesregierung nach massiven Protesten von CDU und F.D.P. rückgängig gemacht. Zellnig: „Die Erhebung der Versiegelungsabgabe hat in allen Kommunen zu Problemen im Verwaltungsablauf geführt. Jetzt muß die Landesregierung den von ihr angerichteten Schaden schnell und unbürokratisch beheben.“

## F.D.P.-Fraktion

### Haushaltsstrukturen: Änderung unerlässlich!

Eine zukunftsorientierte Änderung der Haushaltsstrukturen des Landes Nordrhein-Westfalen fordert die F.D.P.-Landtagsfraktion. Der Schuldenberg des Landes Nordrhein-Westfalen ist in über 13 Jahren sozialdemokratischer Alleinherrschaft von 30,0 Milliarden Mark am 31. Dezember 1980 auf 116,4 Milliarden Mark am 31. März 1994, also um 86,4 Milliarden Mark (= rund 348 Prozent) gestiegen; dies in einer Zeit stetigen wirtschaftlichen Wachstums, überproportional gesteigener Steuermehreinnahmen und ohne daß die Lasten der Deutschen Einheit sich in dieser Zeit schon nennenswert ausgewirkt hätten.

Diese hohe Verschuldung ist hausgemacht und selbstverschuldet, weil der allfällige Strukturwandel verschlafen und Kurskorrekturen der expansiven Ausgabenpolitik viel zu spät eingeleitet wurden. Dies bedeutet auch, daß in jedem Jahr sozialdemokratischer absoluter Mehrheit seit 1980 durchschnittlich 6,2 Milliarden Mark neue Schulden gemacht wurden. Im Haushaltsjahr 1994 steigt diese Neuverschuldung sogar auf über 7 Milliarden Mark an. Die F.D.P. fordert eine zukunftsorientierte Änderung der Haushaltsstrukturen nach folgenden Kriterien:

1. Das Land kann nicht ständig weiter Verträge zu Lasten Dritter, d. h. der nachfolgenden Generation, schließen. Deshalb ist mittelfristig die Neuverschuldung einzustellen und langfristig ein Abbau der Schulden vorzusehen.
2. Für die heute schon absehbaren zukünftigen Belastungen des Landes, z. B. Pensionsverpflichtungen, ist angemessene Vorsorge zu treffen (Rückstellungen!).

3. Die Einnahmeseite ist zu verbessern durch konsequentes Veräußern von Landeseigentum (Grundstücke, Beteiligungen usw.), soweit es nicht unmittelbar den ureigenen staatlichen Aufgaben dient.

4. Die Personal- und Sachausgaben des Landes sind in einer Größenordnung von 10 Prozent zu reduzieren durch konsequente Privatisierung öffentlicher Leistungen, kritische Überprüfung staatlicher Aufgaben im Sinne Deregulierung = Wegfall der Aufgaben, Rationalisierung = effektive Organisation, Reduzierung von Ausstattungsstandards (Statt Luxuskonsum = Zweckaufwand).
5. Die Ausgabenseite ist umzustrukturieren: weg von Erhaltungssubventionen und Gießkannenförderung — hin zu Zukunftsinvestitionen, vor allem im Bildungsbereich („nur wer sät, kann ernten!“).
6. Stärkung der Eigenverantwortung und damit der Sparsamkeit durch Verzicht auf Mischfinanzierungen und Abbau der Zweckzuweisungen zugunsten der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Grüne liegen in NRW über Bundesdurchschnitt

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wertet das Wahlergebnis zu den Europa-Parlamentswahlen in NRW als Bestätigung für ihren klaren Reform- und Anti-Kohl-Kurs. Mit 11,2 Prozent liegt das Ergebnis für die Grünen erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Damit steigen die Chancen für rot-grüne Bündnisse in den Kommunen und im Land Nordrhein-Westfalen.

Bärbel Höhn, Fraktionssprecherin der GRÜ-

NEN im Landtag erklärte: „Wir freuen uns über das Wahlergebnis. Jetzt müssen die anderen Parteien mehr denn je mit uns rechnen. Als drittstärkste Kraft in NRW werden wir besser auf soziale und ökologische Reformen drängen können. Die konturenlose SPD-Politik hat sich nicht ausgezahlt. Die F.D.P. hat die verdiente Quittung für eine Politik erhalten, die liberale Positionen kaum mehr erkennen läßt. Das schlechte Abschneiden der Rechtsextremisten ist erfreulich, aber damit ist die Gefahr für die kommenden Wahlen noch nicht erledigt.“

Michael Vesper, Parlamentarischer Geschäftsführer, erklärte: „Einen besseren Auftakt für die anstehenden Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahlen hätten wir uns in NRW nicht wünschen können. Der

Trend geht eindeutig in Richtung Grün. Auch in NRW gibt es eine realistische Reformperspektive. Das Ergebnis der Europawahlen auf die Landtagswahl in NRW übertragen, bedeutet, daß nur eine rot-grüne Regierung möglich ist oder eine Große Koalition. Wir hoffen, daß sich die SPD besinnt und endlich eindeutig für soziale und ökologische Reformen eintritt.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## Runde Geburtstage

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) wird am 19. Juli 70 Jahre alt. Der Schriftsteller aus Bonn, der in Altena geboren wurde, absolvierte nach der Rektoratsschule Landwirtschaftsschule und Landwirtschaftslehre sowie eine kaufmännische und eine Verwaltungsfachschule und erreichte die fachgebundene Hochschulreife. Nach Krieg und Gefangenschaft war Wolfram Dorn in der Industrie sowie als Geschäftsführer seiner Partei tätig. Von 1962 bis 1969 arbeitete er als Direktor eines Verbandes und wurde dann Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern. Es folgten Stationen als Verlagsleiter bis 1977, als freier Schriftsteller bis 1980 sowie als Direktor bei der WestLB Girozentrale bis 1985. Der Politiker gehört der F.D.P. seit 1948 an. Er war Mitglied des Landes- sowie des Bundesvorstandes. Seit 1947 gehört er dem Schriftstellerverband an. Er ist Vorsitzender der Gesellschaft für Literatur in NRW und Mitglied des Bundesvorstandes des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Medien. Dem Bundestag gehörte er von 1961 bis 1972 an und war von 1968 bis 1969 stellvertretender Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion. Die Mitgliedszeiten im Landtag: Von 1954 bis 1961, von 1975 bis 1980 und seit Mai 1985.

★

**Friedrich Schreiber** (SPD) begeht am 29. Juli seinen 60. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Schwerte stammt aus Kronstadt in Rumänien. Nach dem Abitur in Kronstadt 1951 sowie der Wiederholung des Abiturs im deutschen Hausach nach der Umsiedlung 1954 studierte er bis 1958 Rechtswissenschaften in Freiburg und München, legte das 1. und 2. juristische Staatsexamen ab und wurde 1967 Anwaltsassessor. Von 1968 bis 1971 war er als Sachgebietsleiter bei den Finanzämtern Dortmund-Süd und Arnsberg tätig, seit 1972 als Oberregierungsrat. Seit 1975 ist Friedrich Schreiber Fachanwalt für Steuerrecht mit eigener Praxis. Seit 1964 ist er Mitglied der SPD, war als Vorstandsmitglied im Ortsverein Geisecke sowie im Kreisvorstand Iserlohn. Bis 1984 saß er im Rat der neuen Stadt Schwerte. Dem Landtag gehört er seit 1975 an.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
 Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner  
 (Redakteurin), Telefon: (02 11) 884 2303,  
 884 2304 und 884 2545, btx: \*568 01#

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
 ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

*Wenn ihm die Zeit bleibt, geht er samstags „auf Schalke“. Teile von Schalke gehörten zu seinem Wahlkreis, da müsse man sich für Fußball interessieren, meint Egbert Reinhard schmunzelnd. Aber auch für die Dortmunder Borussia habe er etwas übrig. Bei der traditionellen Rivalität der beiden Revierclubs grenzt diese Sympathie für manchen Gelsenkirchener schon fast an Hochverrat. Seine Wähler ahnen von diesen „Abgründen“ wahrscheinlich nichts, sonst hätten sie Reinhard seit 1970 nicht regelmäßig mit satten Mehrheiten nach Düsseldorf gewählt.*

*Auch wenn man bei einem SPD-Abgeordneten aus Gelsenkirchen anderes vermuten könnte, durch das Elternhaus war sein Engagement bei den Sozialdemokraten nicht vorgeprägt. Im Gegenteil, da galt eher eine konservative Orientierung, der Großvater war sogar Stadtverordneter der Deutschen Volkspartei gewesen.*

*Das Interesse an der Politik kam Egbert Reinhard nach dem Kriege, den er als jugendlicher Luftwaffenhelder und dann für einige Monate auch in Gefangenschaft miterlebt hatte. Wie manche aus dieser Generation stellte er sich und anderen nicht nur die Frage „Wie geht es weiter?“ Er wollte auch selbst etwas tun, für das neue, demokratische Deutschland.*

*Das erschien ihm dringend notwendig, denn als er sein Abitur machte, stellte er fest, daß dieselben Lehrer, die ihn vor 45 von den Verheißungen des Nationalsozialismus überzeugen wollten, nun den jungen Leuten demokratische Tugenden beibringen sollten.*

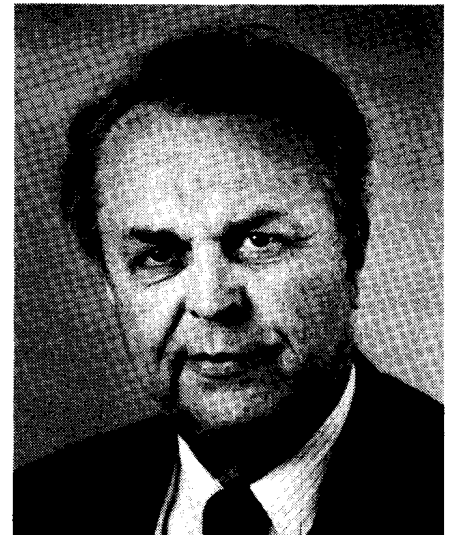
*Nach dem Abitur arbeitete er als Lokomotivführer im Bergbau, auch unter Tage, um sich Geld für das spätere Studium zu verdienen. Mit den Anfängen des Jura-Studiums in Münster fiel die Diskussion über die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik zusammen. Reinhard war wie viele andere seiner Kommilitonen strikt dagegen, engagierte sich im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und wurde 1952 Mitglied der SPD.*

*Bereits vier Jahre später ging er als jüngstes Ratsmitglied für die SPD in die Stadtverordnetenversammlung in seiner Heimatstadt. Ab 1962 arbeitete er dann beim Städtischen Rechtsamt, wurde Chef der SPD-Betriebsgruppe und des Arbeitnehmersausschusses, einem Vorläufer der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Ein Beamter an der Spitze dieser Organisation war nicht eben alltäglich. Doch die Bergleute und Stahlarbeiter in der SPD hatten ihn akzeptiert, „was Du sagst, können wir verstehen“, hatten sie ihm gesagt. Das war eine Anerkennung, die bis heute auch Auftrag für ihn ist.*

*Und so waren es eben diese Arbeitnehmer und auch die Jusos, die ihn 1970 aufforderten, für den Landtag zu kandidieren.*

*In den vergangenen 24 Jahren war er rechts- und innenpolitischer Sprecher der Fraktion, parlamentarischer Geschäftsführer, Vorsitzender des Rechts- und jetzt des Innenausschusses.*

*Besonders am Herzen lag ihm die mehrfache Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, mit dem die Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst erheblich verbessert worden sind. Daß nicht zuletzt diese Diskussion ihm selbst in der eigenen Partei den Ruf eingetragen hat, oft zu sehr die Position der ÖTV zu vertreten, stört Reinhard überhaupt nicht. Schließlich ist er seit 40 Jahren Mitglied.*



Egbert Reinhard (SPD)

*Was ihn aber ganz gewaltig stört, ist das Vorurteil, die notwendige Modernisierung des öffentlichen Dienstes würde durch die Mitbestimmung behindert. Er hält das für absolut falsch und verweist auf zahlreiche Gegenbeispiele in Kommunen. Dort seien die Arbeitgeber froh, daß sie einen kompetenten Personalrat als Gesprächspartner hätten.*

*Die Arbeitsweise des Landesparlamentes habe sich deutlich verändert, sagt der 66jährige nicht ganz ohne Wehmut. Anders als früher würde heute stundenlang über Details diskutiert, oft ohne daß die große politische Linie noch erkennbar bleibe. Das sei unbefriedigend, weil man politisch nichts bewege. Und deshalb müsse man sich nicht wundern, wenn der Landtag als politisches Forum in der Öffentlichkeit nicht besonders beachtet würde. Das Parlament müsse sich auf seine Aufgabe als Gesetzgeber konzentrieren und dürfe sich nicht an die Stelle der Exekutive setzen. Auch an die Adresse der eigenen Fraktion sagt er, alle hätten das Problem erkannt, nur niemand unternehme ernsthafte Anstrengungen, um es zu ändern.*

*Geändert hätte er gern auch längst die Arbeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Sechs davon hat er in seiner Düsseldorfer Zeit miterlebt, davon einen, den Untersuchungsausschuß zur sog. Parteispendenaffäre, als Vorsitzender. Von der bisherigen Praxis, ein Mitglied des Parlaments zum Vorsitzenden zu machen, hält er gar nichts. Statt dessen sollte besser jemand von außen, z.B. ein Richter, die Verhandlungsführung übernehmen und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden. Für die Parteien würde es zwar schwerer, den Ausschuß als politisches Kampfinstrument zu benutzen und auch zu mißbrauchen. Doch der Wert der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse sei dann allemal gewichtiger. Und schließlich würde die Glaubwürdigkeit ihrer Arbeit auch in der Öffentlichkeit deutlich erhöht.*

*Nächstes Jahr ist für Egbert Reinhard Schluß in Düsseldorf. Die Genossen in Gelsenkirchen hätten ihn sicherlich noch einmal nominiert, doch mit Rücksicht auf seine Gesundheit hat er bereits vor zwei Jahren abgewunken. Ein bißchen unsicher ist er allerdings schon, ob Lesen, Skatspielen und Spaziergänge ausreichen, die fehlende tägliche Dosis Politik zu ersetzen.*

Ralph Kapschak

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 21. Juni bis 23. August 1994

21. 6. **Dr. Helmut Linssen** (CDU), 52 J.  
 24. 6. **Hermann Heinemann** (SPD), 66 J.  
 24. 6. **Heinz Hilgers** (SPD), 46 J.  
 29. 6. **Dr. Rolf Hahn** (CDU), 57 J.  
 30. 6. **Gunther Sieg** (SPD), 58 J.  
 4. 7. **Ernst-Otto Stüber** (SPD), 54 J.  
 7. 7. **Beatrix Philipp** (CDU), 49 J.  
 7. 7. **Wolfgang Clement** (SPD), 54 J.  
 8. 7. **Heinrich Dreyer** (CDU), 59 J.  
 8. 7. **Gisela Nacken** (GRÜNE), 37 J.  
 9. 7. **Otti Hüls** (CDU), 52 J.  
 11. 7. **Hans Alt-Küpers** (SPD), 46 J.  
 16. 7. **Heinz-Helmich van Schewick** (CDU), 54 J.  
 18. 7. **Wolfram Dorn** (F.D.P.), 70 J.  
 18. 7. **Dr. Jörg Twenhöven** (CDU), 53 J.  
 19. 7. **Friedrich Schreiber** (SPD), 60 J.  
 20. 7. **Donata Reinecke** (SPD), 50 J.  
 25. 7. **Karl Böse** (SPD), 54 J.  
 27. 7. **Klaus Strehl** (SPD), 51 J.  
 28. 7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 59 J.  
 30. 7. **Dr. Jürgen Schwericke** (CDU), 63 J.  
 31. 7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 55 J.  
 1. 8. **Ellen Werthmann** (SPD), 57 J.  
 3. 8. **Dr. Klaus Heugel** (SPD), 58 J.  
 4. 8. **Karin Hussing** (CDU), 53 J.  
 4. 8. **Hannelore Brüning** (CDU), 52 J.  
 7. 8. **Vera Dedanwala** (SPD), 51 J.  
 10. 8. **Volkmar Schultz** (SPD), 56 J.  
 11. 8. **Gerhard Wächter** (CDU), 48 J.  
 13. 8. **Dietrich Kessel** (SPD), 53 J.  
 14. 8. **Gudrun Reinhardt** (CDU), 55 J.  
 16. 8. **Brigitte Schumann** (GRÜNE), 48 J.  
 17. 8. **Marianne Paus** (CDU), 59 J.  
 18. 8. **Dr. Hans Horn** (CDU), 61 J.  
 18. 8. **Brigitta Heemann** (SPD), 45 J.  
 19. 8. **Bodo Hombach** (SPD), 42 J.  
 20. 8. **Wolfgang Drese** (SPD), 51 J.  
 21. 8. **Ilka Keller** (CDU), 50 J.  
 23. 8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU), 58 J.

★

**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist dem Westdeutschen Förderkreis der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft unter der Mitgliedsnummer 2000 beigetreten. Der Förderkreis, einer unter acht in Deutschland, hat nach eigenen Angaben in den 15 Jahren seines Bestehens 16 Millionen Mark an Darlehen für Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt zur Verfügung gestellt.

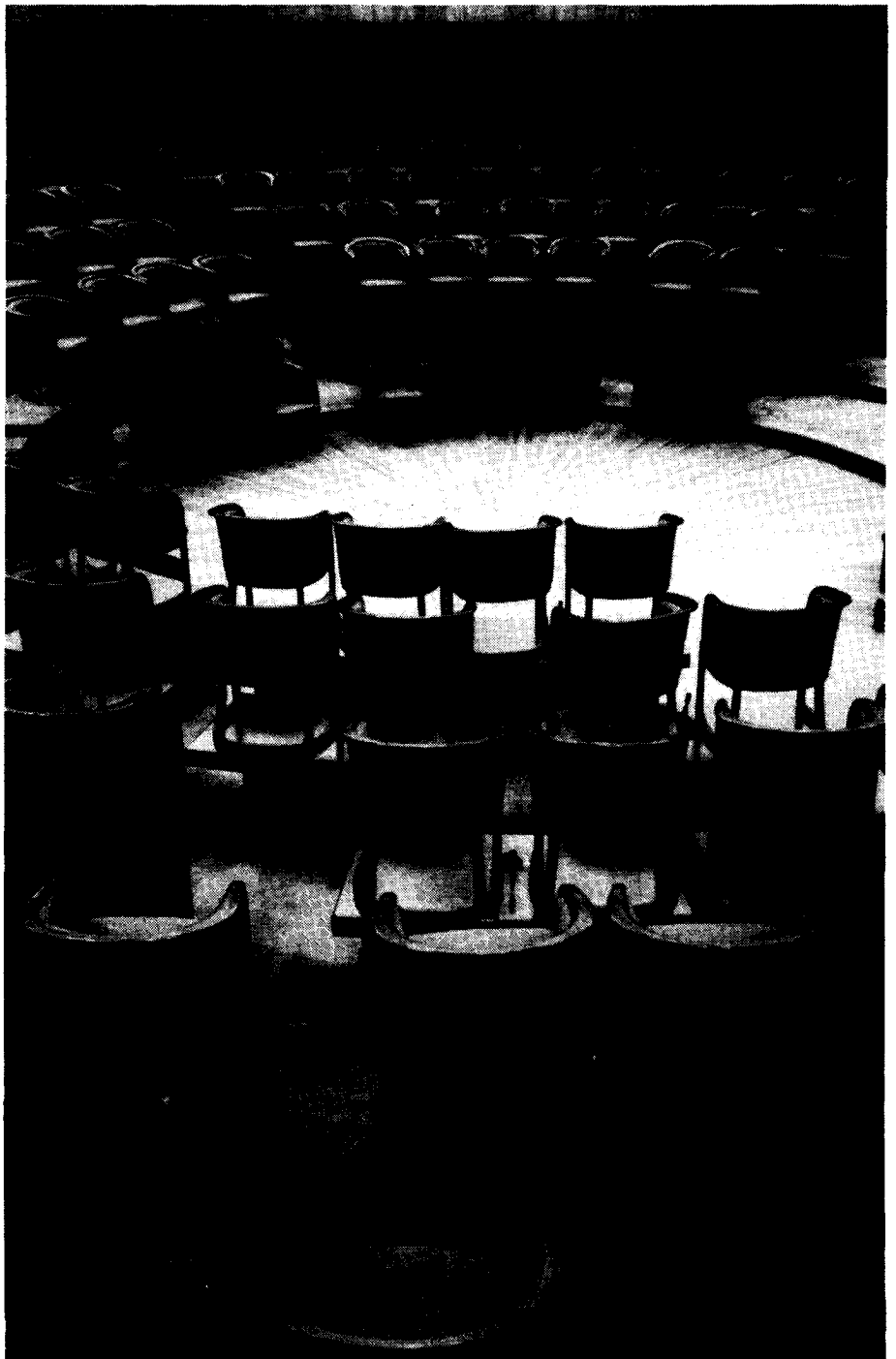
★

**Dietrich Kessel** (SPD) ist bei einer Nachwahl von Mitgliedern für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I auf Vorschlag der SPD-Fraktion vom Landtag als ordentliches Mitglied dieses Ausschusses gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von **Walter Grevenor** (SPD) an, der stellvertretendes Mitglied wurde. Für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II fand ebenfalls auf Vorschlag der SPD-Fraktion eine Nachwahl statt. **Eberhard Sohns** (SPD) wurde als Nachfolger von **Bernd Flessenkemper** zum ordentlichen Mitglied gewählt. Zum stellvertretenden Mitglied wählte der Landtag **Bernd Poulheim** (SPD).

★

**Karl Eßer**, Landrat des Kreises Heinsberg, ist nach schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben. Der CDU-Politiker, der in Eschweiler-Nothberg geboren wurde, übte das Landratsamt seit 1979 und somit in der dritten Amtsperiode aus.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Sommerpause** — für acht Wochen ist im Plenarsaal des Landtags Ruhe eingekehrt: Die Politik hat das Feld jenen Kräften überlassen, die mit ihrem Sachverstand dafür sorgen, daß die Auseinandersetzung zwischen Regierungslager und Opposition reibungslos funktionieren kann. Während Techniker, Handwerker und Reinigungspersonal freie Bahn haben, bereiten sich die meisten Abgeordneten nach einem kurzen Erholungsurlaub schon wieder auf die politische Arbeit vor: Die Etatberatungen für das kommende Jahr beginnen, die Weiterarbeit in den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen steht an und Kommunal- und Bundestagswahl im Oktober werfen ihre Schatten voraus.